

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierjährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Poener Zeitung.

Amtliches.

Auf Allerhöchsten Behest Sr. Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten findet die Feier des Krönungs- und Ordensfestes am Sonntag, den 29. d. M., auf dem Königlichen Schloss hier selbst statt, und werden die Einladungen zu demselben, nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Raumes, an die betreffenden Herrn Ritter und Inhaber Königlicher Orden und Ehrenzeichen von Seiten der unterzeichneten Behörde erlassen werden.

Berlin, den 18. Januar 1860.
Königliche General-Ordens-Kommission.

Berlin, 20. Jan. Der Landgerichtsassessor Karl Wilhelm Weber in Elberfeld ist zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichts zu Köln, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Elberfeld, ernannt worden.

Abgezogen: Der Generalmajor und Kommandant von Stettin, Baron von der Goltz L., nach Stettin; der Generalmajor und Kommandant der 21. Infanteriebrigade, von Walther und Groneck, nach Breslau.

Telegramme der Poener Zeitung.

London, Donnerstag, 19. Januar, Nachmitt. 1 Uhr. Die Bank von England hat den Diskonto auf drei Prozent erhöht. Konsols waren bei Abgang der Depesche slau 95½.

Paris, Donnerstag 19. Jan. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Nizza hat der dortige Gouverneur den Journalen verboten, über die Annexion Nizza's an Frankreich zu sprechen.

(Eingegangen 20. Januar 8 Uhr Vormittags.)

CH Posen, 20. Januar.

Napoleon III. hat die alte Kunst nicht verlernt, welcher er seine ersten Erfolge dankt. Ehe er auf dem Schauspieldorf der europäischen Politik aufrat, mußte er die Bügel der Macht in Frankreich selbst an sich reißen, und man weiß, mit wie großem Geschick er die Schwächen der Nation zu benutzen verstand, welche sich jetzt unter seinem Scepter beugt. Die Unternehmungen in Straßburg und Bologna erschienen dem gewöhnlichen Urtheil als tolle Streiche eines brennenden Abenteurers, und doch forderten sie die Zwecke des imperialistischen Prätendenten, indem sie die Einbildungskraft des französischen Volkes entflammt und die in demselben schlummernden napoleontischen Sympathien wachriefen. Von da an hat er eifrig dafür Sorge getragen, daß sein Name nicht der Vergessenheit und sein Land nicht der Langeweile anheimfalle. Nicht darum war es ihm zu thun, daß er folgerichtig in seinen Plänen und beharrlich in seinen Entschlüssen gefunden werde, sondern darum, daß er die Phantasie einer heizblütigen Nation beschäftige, daß er als unerschöpflich an Ideen, als Mireger großer Thaten angestaunt werde. So erklärt sich das in seinen Werken dargelegte republikanisch-sozialistische Programm, welches sich in der Wirklichkeit zu einem durch Despotismus begründeten und durch Börsenspekulationen unterstützten Regiment gestaltete. So erklärt sich der bekannte Wahlspruch von Bordeaux: „Das Kaiserreich ist der Friede“, dessen Aufrichtigkeit bald darauf die Kriege gegen Russland und gegen Ostreich in das rechte Licht setzte. So erklärten sich die lockenden Verheißenungen, welche Napoleon III. im eignen Lande bald der liberalen, bald der konservativen, bald der katholischen Partei zuwarr, und so erklärte sich endlich das abwechselnde Buhlen um die Freundschaft Englands, Ostreichs und Russlands — als gälte es, auch in der Politik das alte Wort Voltaire's zu bewahrheiten, daß jedes Genre gut ist, nur nicht das langweilige.

Für Abwechslung wird denn auch selbst in der Form der napoleontischen Kundgebungen gesorgt. Vor einem Jahre war man gewohnt, in anonymen Moniteur-Artikeln die Drakel der Tuilerien-Politik zu vernehmen, und die Diplomaten untersuchten nicht minder sorgsam Wort und Ton der Zeitungsnoten, als die Wetterpropheten nach dem Zuge der Wolken und nach den Schwankungen des Barometers spähen. In diesem Jahre scheint Napoleon sich von dem Gebrauch der Anonymität abzuwenden: er hat in einem Briefe an den Papst seine Ansichten über die Lösung der römischen Frage offen dargelegt, und jetzt steht er seine Namensunterschrift unter ein neues volkswirtschaftliches Programm, mit welchem er Frankreich und Europa überrascht. Wir teilen nicht den Hauch eines Theils der Presse, welcher sich von einigen dem System des Freihandels und den liberalen Ideen gemachten Zugeständnissen weit genug verbunden läßt, um in dem napoleontischen Briefe den Beginn einer neuen goldenen Ära für Frankreich und Europa zu sehen. Uns bedunkt, daß man nicht zu hohen Werth auf die Worte eines Mannes legen muß, welcher die Wiede so geschickt und so gewissenlos für seine Zwecke zu gebrauchen weiß. Namentlich aber hat das Programm als solches geringe Bedeutung für uns, da wir aus jeder Wendung heraus hören, wie ein Blick auf die allgemeine Lage der Dinge unwiderleglich bestätigt, daß eben das Ganze nur wieder ein Alt jener langen Komödie ist, welche der Napoleonide in Scene steht, unbekümmert darum, daß die Schausstellung mit einem Weltbrand enden und vor Allem eine tragische Katastrophe für ihn und sein Land herbeiführen könnte.

Schon die Einleitung des Briefes trägt den Stempel der Unaufrichtigkeit an sich, indem sie mit leichtfertiger Zuversicht das Vertrauen auf eine friedliche Lösung der schwelenden Streitfragen ausspricht, während gerade von den Tuilerien aus eifrig daran gearbeitet wird, die Gemüther in Unruhe und die Zustände in Verwirrung zu erhalten. Die Schwierigkeiten der italienischen Frage haben tausendjährige Wurzeln, und selbst der Virtuosität eines Napoleon würde es nicht gelingen, dieselben in eiligem Verfahren zu

besetzen. Man sieht mit Bestimmtheit voraus, daß jede Neugestaltung, welche an die Stelle der früheren Verhältnisse treten kann, tausend Widersprüche, wenn nicht eben so viel Widerstandsversuche hervorrufen und ein sehr zweifelhaftes Dasein führen wird. Wie aber soll das Vertrauen auf eine dauernde Ordnung der Dinge sich befestigen, wenn man befürchten muß, daß die französische Politik absichtlich den Boden jedes dauerhaften Regiments in Italien untergräbt, weil sie die Hand im Spiele behalten will, bis sie von der bequemen Beute Besitz ergreifen kann?

Gegen die volkswirtschaftlichen Grundsätze, zu welchen Napoleon in dem Briefe an seinen Staatsminister sich bekennt, haben wir nichts einzuwenden. Die Lehren, daß man die Tauschmittel vervielfältigen muß, um den Handel blühend zu machen, daß die Industrie ohne Konkurrenz stehen bleibt und ohne billige Beschaffung der Rohstoffe den Ansprüchen der Konsumenten nicht genügen kann, daß Ackerbau und Industrie in einem innigen Wechselverhältnisse für die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes sich befinden, gehören zu den elementaren Wahrheiten in der Volkswirtschaft. Es kann uns nur wundern, daß ein klarer Geist, wie der Napoleons, sie nicht schon früher erfaßt hat, und es muß uns mit tiefem Misstrauen erfüllen, daß er ihnen erst im gegenwärtigen Augenblick Ohr und Mund zu leihen geneigt ist. Bei dem jetzigen Stande der Dinge ist das Programm Napoleons nicht der füne Alt eines inneren Reformators, sondern eine politische Intrigue, durch welche die Staatsmänner Englands für die französischen Pläne gefügig gemacht werden sollen. Gegen Russland und Ostreich hat Napoleon die ehmgekrönten Heere Frankreichs ausmarschiiren lassen. Gegen England ist mit gleichen Mitteln nichts auszurichten. Er umarmt daher jetzt den gefürchteten Nebenbuhler mit dem Jubelkuss freihändlerischer Brüderlichkeit, bis er ihm im ersten Kampfe beikommen kann.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 12. Jan. [Graf Cavour und die italienische Politik; dänische Vorschläge; zur Küstenbefestigungsfrage.] Niemand verkennt, daß der Wiedereintritt des Grafen Cavour in das Turiner Kabinett als der Vorläufer einer bedeutungsvollen Wendung in den Verhältnissen Italiens gelten muß. Der Zusammenhang dieses Ereignisses mit den geheimen Plänen Napoleons III. ist noch nicht klar. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, welche die Auffassung vertreten, daß Cavour von Victor Emanuel berufen worden ist, um mit seiner ganzen Energie und mit der Kraft seiner Popularität gegen die Forderungen Frankreichs aufzutreten. Allerdings hat Cavour während der Krisis des vorigen Jahres ein Gewicht erlangt, mit welchem Napoleon sich gütlich abfinden muß. Der piemontesische Staatsmann steht nicht bloß mit großer Machtvollkommenheit an der Spitze der nationalen Partei Italiens, sondern er stützt sich auch auf die Sympathien Englands, und nach beiden Seiten hin hat der Kaiser der Franzosen einstweilen noch Rücksichten zu nehmen. Als äußerst wahrscheinlich betrachtet man, daß Cavour den Plan eines von Sardinien unabhängigen Königreichs Sardinien mit allem Eifer bekämpfen wird. Weniger sicher ist, ob er den Verlockungen der Tuilerienregierung widerstehen wird, wenn dieselbe ihm die Annexion des gelämmten Mittelitaliens an Piemont für die Abtretung von Savoyen und Nizza bietet. Darüber wird schon die nächste Zukunft Aufschluß geben. Einstweilen wird beim Wiederaufstehen Cavours vor Allem Ostreich mit Schmerz empfinden, daß es in Europa allein steht und durch Unzulänglichkeit seine natürlichsten Bundesgenossen in der Ferne hält. — In süddeutschen Blättern ist davon die Rede gewesen, daß Schweden in dem Streite zwischen Deutschland und Dänemark einen Vermittlungsversuch gemacht habe. Als Grundlage derselben wurde angenommen, daß die deutschen Herzogthümer in den Besitz einer eignen Verwaltung und gesonderten Landesvertretung mit beschließendem Votum treten und mit der dänischen Krone nur durch Personal-Union verbunden sein sollten, wogegen Schleswig dem dänischen Staate vollständig einverleibt würde. Die Nachricht eines solchen Vermittlungsprojektes, obgleich es augenscheinlich den Bestrebungen der Eiderdänen entspricht, ist widerufen worden. Tedenfalls aber würde Preußen nicht auf einen Vorschlag eingegangen sein, welcher die selbst durch das Londoner Abkommen verbürgte Sonderstellung Schleswigs Preis giebt. — In Betreff der Küstenbefestigungsfrage ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß Preußen schon deshalb der Bundesversammlung, in welcher auch Dänemark vertreten ist, die Sache nicht anheim geben kann, weil in erster Linie gerade die Küstenverteidigung gegen die dänische Seemacht zu berücksichtigen ist.

[Berlin, 19. Jan. [Vom Hofe; das Ordensfest verschoben; Mancherlei.] Heute Mittag empfing die Königin den Besuch der Frau Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, der Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande und des Prinzen Friedrich von Preußen. Die Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande und der Prinz Friedrich kehrten bereits um 2 Uhr mit dem Lokalzug wieder hierher zurück, die Frau Großherzogin Mutter verweilte jedoch noch bis 4 Uhr im Schloß Sanssouci und traf darauf mittelst Ertragung von dort wieder hier ein. Der Prinz-Regent ist seit einigen Tagen von einer leichten Unpäßlichkeit befallen und darf sich daher nicht allzusehr durch Arbeiten anstrengen. Heute Vormittag nahm der Prinz-Regent die Vorträge der Minister v. Auerswald und v. Schleinitz entgegen und empfing darauf mit anderen hochgestellten Personen auch den Leibarzt Dr. Grimm. Das Befinden des Königs ist, wie man hört, auch heute

zufriedenstellend. — Wegen der Unpäßlichkeit des Prinz-Regenten ist die Feier des Ordensfestes vom 22. auf den 29. d. verlegt worden (s. o.) und haben daher alle die geladenen Gäste wieder abgestellt werden müssen. — Die heutige Soirée im Palais des Prinz-Regenten ist nicht abgesagt worden und findet solche daher statt; dagegen wird derselbe nicht an der Dreihjagd teilnehmen, die morgen Vormittag auf dem Bornstedter Felde abgehalten wird. Die königlichen Prinzen, der Prinz August von Württemberg, die Fürsten Radziwill &c. werden schon um 8 Uhr Morgens dorthin fahren. — Die gestrige Soirée des großbritannischen Gesandten Lord Bloomfield ist sehr glänzend gewesen. Der Prinz-Regent und seine Gemahlin liehen sich entschuldigen; dagegen waren die Mitglieder der königlichen Familie zum Theil anwesend; ebenso waren erschienen der Prinz August von Württemberg, der Fürst von Hohenzollern, die Herzogin von Sagan, der Prinz und die Prinzessin von Sagan, die beiden fürstlichen Familien Radziwill, die Minister, die Gesandten, die Präsidenten des Landtags und viele Mitglieder des selben. — In Bezug auf die Taufe des Prinzen Radziwill erlaubte ich mir die nachträgliche Mitteilung, daß zu derselben auch der Prinz-Regent und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm erschienen waren. Der Taufe, die von dem fürstbischöflichen Delegaten Peldram vollzogen wurde, folgte ein Dejeuner, an welchem jedoch die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm nicht Theil nahm, weil sie sich plötzlich unwohl fühlte.

Die Frau Prinzessin von Preußen hat so eben dem Vorstande des preußischen Kunstvereins die Anzeige zugehen lassen, daß sie dem Vereine als Mitglied beitreten wolle. Eine gleiche Beitrittsklärung darf auch von dem Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm schon in Kürzem erwartet werden. Bekanntlich liefert dieser Verein seinen Mitgliedern gegen einen jährlichen Beitrag von 12 resp. 24 Thalern ein schönes Delgemälde. Daß die erste Lieferung den Beifall der Mitglieder hat, beweisen die täglichen Anmeldungen neuer Mitglieder; am zahlreichsten kommen dieselben aus der Provinz Posen. — Graf v. Redern hat allen Künstlern, die in seiner neuen Oper „Christine“ mitgewirkt haben, Geschenke mit Brillantnadeln und Knöpfen, Armbändern, Kolliers &c. gemacht; der Werth derselben hat die Künstler überrascht. Wie schon mitgetheilt, wird er ihnen auch ein Diner geben. Heute hatte er die königliche Kapelle mit ihren Vorständen, den Kapellmeistern Dorn und Taubert und den Konzertmeistern Ganz und Nißl geladen. Als Ehrengäste waren bei diesem Festmahl anwesend der General-Musikdirektor Meyerbeer, der großherzoglich weimarsche Kapellmeister Dr. Franz Liszt und der erste Beamte der General-Intendantur, der General-Intendant, Kammerherr v. Hülsen, wird an dem Diner der Künstler teilnehmen. Meyerbeer und Liszt waren nach Berlin gekommen, um der ersten Aufführung der Oper beizuwöhnen. Über den Werth der Oper sind die Meinungen getheilt; ich kann nur wiederholen, was ich Ihnen schon vor der öffentlichen Aufführung gesagt habe, Männer von Fach nennen Sie eine gefälschte Dilettanten-Arbeit. Morgen sollte die Oper wieder aufgeführt werden; die Wagner-Fachmann ist jedoch heute erkrankt und darum muß sie unterbleiben.

— [Der Kongress.] Die Nachricht französischer Blätter, daß der Kaiser Napoleon wieder das Projekt eines neuen europäischen Kongresses zur Schlichtung der italienischen Wirren in Anregung gebracht habe, findet, so unzulässig es auch scheinen mag, in diplomatischen Kreisen Bestätigung. Wenn man bedenkt, daß der Kongress fast im Augenblick seines Zusammentritts durch die französische Politik auseinander gesprengt wurde so darf man wohl bezweifeln, daß europäische Fürsten abermals auf Verhandlungen wegen einer Absendung von Bevollmächtigten eingehen und sich der Zusätzlichkeit auslegen werden, daß plötzlich ein neues Programm ihnen die Übereinstimmung des Kongresses zu erkennen giebt. Die Bildung eines neuen sardinischen Ministeriums durch Cavour läßt deutlich die Richtung der italienischen Politik des Kaisers Napoleon erkennen. (Sp. 3.)

— [Rechtsentscheidungen.] Das Justiz-Ministerialblatt enthält einen Beschluß des l. Obertribunals vom 19. Dez. 1859, wonach derjenige, welcher unter der Herrschaft des 20. Titels Theil II. des Allgemeinen Landrechts und des §. 601 der Kriminalordnung vor Auflösung seiner Ehe eine neue Ehe eingegangen und nach Einführung des Strafgelebuchs in dem Zustande der Doppelzugehörigkeit verblieben ist, nach Ablauf von 5 Jahren seit dem Zeitpunkte, wo die letzte Ehe durch Kopulation vollzogen worden, wegen Bigamie nicht mehr verfolgt werden kann, weil das Verbrechen verjährt ist; und ein Erkenntniß des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 7. Mai 1859, wonach über die Geheimzulässigkeit oder Zweckmäßigkeit eines von der Landespolizeibehörde angeordneten Brückenbaus der Rechtsweg nicht gesetzet ist, dagegen Streitigkeiten unter Privatparteien über die Verpflichtung zu einem solchen Bau und über den Umfang desselben der richterlichen Entscheidung unterworfen sind. Ferner enthält dasselbe Blatt ein Erkenntniß des königl. Obertribunals vom 27. Oktober 1859, wonach das Errichten und Halten einer Glücksskude, selbst wenn dabei dem gewinnenden Spieler die Wahl gelassen wird, statt der gewonnenen Sache einen festgestellten Betrag in Geld zu fordern, und wenn auch dabei kein eigentliches Auspielen unter mehreren Spielern stattfindet, bei ihrem Betriebe vielmehr derjenige, der sie hält, in der That mit jedem einzelnen Spieler wettet, nicht unter den Begriff des Halten eines Hazardspiels fällt, sondern unter den Begriff der Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie.

Aachen, 18. Januar. [Die Sammlungen für den Papst.] Man schreibt der „B. B.“: „Die Spenden an den heil-

igen Sohn für die fünfgeschossige Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Vater" haben dem hiesigen im Sammeln für das Patrimonium Petri außerordentlich thätigen Kanonikus Prisac Gelegenheit gegeben, einmal eine ermutigende Anrede an die Kinder dieser Welt zu richten. Dieselbe ist so eigenthümlicher Natur, daß sie weiter verbreitet zu werden verdient. Es geht daraus zunächst hervor, daß auch hier gerade die Unbemittelten ihr Geld bringen, was seinen Hauptgrund in dem Bildungsgrade derselben zu haben scheint, so dann daß der Herr Kanonikus auf eine „großartige Staatsanleihe zu Gunsten des heil. Vaters“ hofft; ferner, daß, wenn es anginge, derelbe Herr ganz andere Trümpfe ausspielen würde; endlich, daß er Louis Napoleon als einen gemeingefährlichen Schänder nicht nur des Eigenthums darzustellen sucht! Das interessante Schriftstück lautet:

[Die Spenden an den heil. Vater. Motto: „Man muß gegen den Papst und die Priester in Rom beständig konspiriren, um sie zu stürzen.“ Louis Napoleon. — Die freiwilligen Gaben an den heil. Vater nehmen, wie die Leser dieser Blätter täglich bemerken, einen erfreulichen Fortgang und vertragen bis heute, obgleich sich bis dahin wohl vorzüglich die Armen mit ihrem Segen (Denn wer macht die Reichen reich?) daran betheiligten, die Summe von 1233 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf. Das Beispiel Frankreichs und sonstiger Länder wird denselben noch einen neuen Stachel zufügen. Wenn sich aber bis dahin die geringeren und mittleren Klassen an jenem Werk der Kindespflicht wohl meist betheiligt haben, so hatte dies bei den Gutgesinnten der übrigen Stände vorzüglich den Grund, weil man hier auf Betheiligung an einer großartigen Staatsanleihe zu Gunsten des heil. Vaters wartete, was aber auch sicher nicht abhalten wird, mit einem sonstigen angemessenen Scherlein einzutreten. Obgleich mich nun die Staatsgelege verhindern, meinerseits das Geringste zu thun, was mich in irgend einer Weise aus meiner passiven Stellung bringen könnte, so bin ich doch wenigstens von Zeit zu Zeit dem Publikum eine allgemeine Rednung schuldig. Ich würde aber ganz anders reden, wenn ich meinem Gemüthe freien Lauf lassen dürfte. Ich würde in diesen Zeiten, wo man mit Millionen spielt und wo Hunderttausende wie Ein Pfennig gewonnen und verloren werden, wo ein einziger thörichter Streich ganz andere Summen verschlingt und wo ein einziger Abent mit der Zugabe des Spottes oder des Reides ganz andere Opfer verlangt, auch ganz anders an die übervollen Säcke schlagen. Aber, wie gesagt, das darf ich nicht, obgleich jene doch zuletzt wer weiß holt: auch bin ich nicht auf dem Standpunkt angelangt, das Gewissen als nuglose Waare über Bord zu werfen. Ich kann daher keine Lagermeisterischen Denkschriften über die Nutzlosigkeit und Last des Geldes schreiben und darin darzustellen versuchen, wie zweckmäßig es wäre, wenn man die Welt rein um der Unbequemlichkeit willen davon befreite und anerkannte Bummel und sogenannte „Berufe“ als die zweckmäßigsten Verwalter derselben einsetze. Wenn ich aber das auch könnte, so würde die Welt sicherlich nicht daran glauben und ich hätte nicht Kopfschneider genug, ihr diese Überzeugung beizubringen. Ich übernehme es aber mit Freuden, sogar auf die Gefahr hin, bei gewissen Leuten ein recht bornirter Mensch“ genannt zu werden, auf gewisse untrügliche Zeichen der Zeit aufmerksam zu machen und namentlich auch auf die Worte unseres Heilandes: „Man sammelt keine Feigen von den Dornen und keine Trauben von den Disteln. Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon, damit sie euch in die himmlischen Wohnungen aufnehmen, denn es könnte doch zur Zeit hier nicht gehauer werden. Ehe der allmächtige Gott, durch den die Starken allein stark sind, an die thönernde Füße des Kolosse des neuen Nabukobodonosor schlägt, könnte vielleicht mancher unter seinen Tritten zerstört werden. Auf jeden Fall hältst du Mann, der solche Worte schreiben kann, wie das oben angeführte Motto, zu Altem fähig und hebt die Hände zum Himmel wie Moise gegen die Kinder von Amele. Denn, wenn Napoleon mit dem Papst so zu verfahren gedenkt, was wird er erst mit Euch, mit Euren Söhnen und Töchtern, mit Eurem Besitzthum thun! Prisac, Kanonikus.“]

[Schl. 3.)

Breslau, 19. Jan.

[Die Niederpest]

in dem Ost-Gleiwitzer Kreise hat nicht weiter um sich gegriffen, und sind auch in den davon betroffenen Orten Peiskretscham, Giechowitz bei Tost und Ostryoppa bei Gleiwitz seitdem keine weiteren Erkrankungen zum Vortheim gekommen, so daß auch diese Ortschaften gegen das Ende dieser Woche, wenn nicht die Umstände statt der 21tägigen eine 28tägige Frist für die Absperrung seit dem letzten Krankheitsfalle räthlich erscheinen lassen, von der Sperre werden befreit werden. (Schl. 3.)

Dramburg, 18. Jan.

[Der jüdische Schulz.]

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß im hiesigen Kreise ein Jude zum Dorfchulzen ernannt sei. In Folge dessen haben sich auf dem letzten Kreistage die Mehrzahl seiner Mitglieder zu einer Vorstellung an den Kreislandrat vereinigt, welche lautet:

[Neuherrn Vernehmen nach ist auf Ew. ic. Veranlassung der jüdische Kaufmann S. in P. als verwaltender Ortschulze eingesetzt und vereidigt worden. Unseres unmaßgeblichen Dafürhaltens ist die Anordnung der bestehenden Gesetzgebung nicht entsprechend, denn es bezeichnet: 1) das Allgemeine Landrecht §. 46, Tit. II., Tit. 7 der Schulzen als Dorrichter und überträgt ihm im §. 82—86 ibid. verschiedene richterliche Funktionen. Sein Amt ist 2) nach §§. 59—71 ibid. ein politisches, und somit kann es 3) seinem Zweifel unterliegen, daß nach §. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 ein Jude von dem Amt des Schulzen ausgeschlossen ist. Als durch die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 aufgehoben kann aber 4) das Gesetz de 1847 nicht erachtet werden, weil diese Aufhebung dort nirgends ausgesprochen ist, vielmehr der §. 59 der Einleitung des Allgemeinen Landrechts, wo es heißt: „Gesetze behalten so lange ihre Kraft, bis sie von dem Gesetzgeber ausdrücklich wieder aufgehoben werden“, unverändert seine Geltung behalten hat. Ja, es läßt sich sogar 5) diese Nichtaufhebung des Gesetzes de 1847 aus der Verfassungsurkunde selbst herleiten, weil nach Art. 14 ibid. die christliche Religion bei denjenigen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, zum Grunde gelegt werden soll, ein jüdischer Schulze aber, der nach §§. 52 und 55 des Landrechts a. a. O. die Verhältnisse der Gemeinde, also auch die zu Zwecken der christlichen Kirche und Schule leiten, und die öffentlichen Arbeiten, also z. B. auch bei Gelegenheit eines christlichen Kirchenraues, vertheilen und beaufsichtigen soll, notwendig mit Einrichtungen in Beziehung treten muß, welche die christliche Religionsübung betreffen. Wir glauben hiernach, daß dem ic. S. wenn er, wie verlautet, ein mit der Verpflichtung zur Wahrnehmung des Schulzamtes verbundenes Grundstück erworben hat, nach §. 94 des Landrechts ibid. ein Stellvertreter bestellt und solcher nach §. 50, wo es heißt: „Dem Stellvertreter muß eine billige Belohnung ausgelegt und von dem Lehr- oder Erbschulzen entrichtet werden, — von dem ic. S. beforderet werden müßte. Sonach bitten wir Ew. ic. so ehrerbietig als gehorsamst, die Einlegung des ic. S. als ancheinend auf einem Fehlthum beruhend wieder aufzuheben und die betreffende Ortspolizeibehörde zur Beisetzung eines Stellvertreters zu veranlassen, oder aber es Ihnen unterzeichneten loyalen Kreiseinsassen nachsehen zu wollen, wenn die Sache des hierunter in Frage tretenden tiefeingreifenden Prinzips halber, bei den vorgezogenen Initiativen zur Sprache bringen ic.“]

Auf diese Vorstellung ist Seitens des Landrats der Bescheid ergangen, daß dieselbe der vorgelesenen k. Regierung (zu Köslin) zur weiteren Verfügung eingereicht worden sei. (N. P. 3.)

Köln, 18. Januar.

[Reklamation des Koblenzer Schlosses.]

Das „Fr. J.“ schreibt: Vor Kurzem machte die frappante Mittelheilung in den Zeitungen die Runde, daß in Koblenz drei Personen sich damit beschäftigen, Erbschaftsangelegenheiten ans Licht zu bringen und in Folge dessen in Erfahrung gebracht zu haben glaubten, daß das Schloß in Koblenz Preußen eigentlich nicht gehöre. Wir können mittheilen, daß die Nachforschungen schon einen größeren Kreis beschreiben; denn man hat gefunden, daß Spanien 120,000 Gulden und Frankreich 100,000 Fr., versteht sich ohne Zins und Zinseszins, an die angeblichen Erben des Koblenzer Schlosses auszuzahlen hätten. Von einer Seite die gut unterrichtet sein kann, wird uns der Sachverhalt also erzählt: Der Kurfürst Wenzeslaus hatte das besagte Schloß für 650,000 Gulden abauen lassen, wurde durch die napoleonischen Kriege von Koblenz vertrieben und setzte in seinem Testamente seine Diener-

schaft als Erben ein. Diese nun, resp. ihre in Preußen, Bayern und Baden wohnenden Nachkommen, machen Miene, das Schloß zu reklamieren und in Spanien und Frankreich die genannten Kapitalien zu kündigen. (Die Nachricht hat noch einen ziemlich sahbaften Anstrich. D. Red.)

Stettin, 19. Jan. [Ein Prozeß.] In der Untersuchungssache wider den hiesigen Buchdruckereibesitzer R. Graumann wegen Nachdrucks des (im F. Hessenland'schen Verlage erscheinenden) so genannten Volkhagen'schen Gesangbuches hat das königl. Appellationsgericht hieselbst in dem heutigen Audienztermin wiederum die früheren auf Verurtheilung des Angeklagten lautenden Erkenntnisse bestätigt. Der Prozeß schwelt bereits seit dem Jahre 1853, und hat folgende Städte durchgemacht: Erkenntnis in erster Instanz; Appellation; zurück in die erste Instanz zur Verbesserung der Information; Erhebung des Kompetenzkonfliktes von Seiten des Konsistoriums; Zurückweisung des Kompetenzkonfliktes durch das Ministerium; zweites Erkenntnis in erster Instanz; Appellation; erstes Erkenntnis in zweiter Instanz; Nichtigkeitsbeschwerde beim Obertribunal; durch Erkenntnis derselben zurück an die zweite Instanz zur Verbesserung des Urtheils; endlich das heute erfolgte zweite Erkenntnis in zweiter Instanz. (Offl. 3.)

Destreich. Wien, 17. Jan. [Ueber den Brief des Kaisers Napoleon an den Staatsminister] bemerkte die „Ostd. Post“: „Wir würden ungerecht und leidenschaftlich erscheinen, wollten wir es in Abrede stellen, daß Reformen, wie sie der „Moniteur“ im Namen Napoleons III. als Vorlagen für den gesetzgebenden Körper ankündigt, nicht eine würdige Aufgabe für einen Monarchen sind, und daß eine gewisse Größe darin liegt, mitten in den weit ausgesponnenen Plänen zur Umgestaltung der Karte von Europa die Initiative zu Umwälzung eines nationalökonomischen Systems zu ergreifen, welches seit Jahrhunderten in Frankreich eingewurzelt ist und dessen Beseitigung in den Reihen jener Gewerkschaften, die für das Prohibitionssystem fanatisirt sind, kaum mindere Erbitterung hervorbringen wird, als — si parva licet componere magnis — die Broschüre in den Reihen des Klerus hervorrief. Was uns noch an dem nationalökonomischen Kaiserbeschreibungen zunächst interessirt, ist nicht die ökonomische, sondern die politische Seite derselben. Ob die französischen Spinner, Weber, Maschinenbauer u. s. w. ertragen können, ob die Engländer die Zölle auf französische Weine und folgerichtig auch auf die spanischen und portugiesischen herabheben können, ohne in ihrem Budget durch den Entgang dieser gewichtigen Steuer, welche obendrein nur die Reichen belastet, eine schwer zu ersezende Lücke zu empfinden, kümmert uns sehr wenig. Aber das politische Symptom, daß uns jene volkswirtschaftliche Verheißung veräth, kann uns nicht gleichgültig sein. Es weist unzweideutig darauf hin, daß die Altiaz, Entente, Verbündung zwischen Frankreich und England sehr weit vorwärts geschritten sei und die italienische Angelegenheit, so wie vielleicht noch Anderes bei den beiden Seemächten im Großen und Ganzen keine Meinungsverschiedenheit mehr findet.“

[Die Universitäten.] Von dem vielfach verbreiteten Gerüchte, daß die Aufhebung einiger österreichischer Universitäten bevorstehe, nimmt die Prager „Morgenpost“ Notiz und sagt: „Bekanntlich wurde schon vor einigen Jahren die Universität zu Olmütz aufgelassen; man vermutet, daß dieser Fall nun auch mit der Grazer eintreten werde. Bei einigen Universitäten stehe die Aufhebung der philosophischen Fakultät bevor. Schwerlich dürfte diese Neuerung an den Universitäten zu Wien, Prag und Pesth stattfinden, also wahrscheinlich nur Innsbruck, Krakau und Lemberg betreffen, so daß in diesen letzteren Städten nur der Sitz juristischer oder medizinischer Akademien verbleiben würde.“

[Demonstrationen gegen die Krinoline.] Im Venetianischen gelten die Demonstrationen jetzt den Krinolinen. In Venetia, wie in Padua und anderen Städten, wurden bereits einzelne Damen, welche Krinolinen auf den Straßen erschienen, von gemeinen Leuten angerufen, die Krinolinen auszuziehen. In Castelfranco, einem Städtchen in der Nähe von Treviso, fand, wie die „Presse“ berichtet, am 8. d. ein förmlicher Krinolinenkrawall statt, so daß die ganze bereiste Damenwelt Castelfranco's, die sich auf der sonntäglichen Promenade befand, eilig in die Häuser flüchtete, um sich dort der Krinolinen zu entledigen und entreift nach Hause zu eilen.

Wien, 18. Jan. [Die Judenfrage; ein Protest gegen Sonntagsarbeit.] Die neueste Verfügung in Sachen der Juden hat unter den Betreffenden mehr Schreck als Freude erregt, da durch dieselbe die Christen ganz in Vergessenheit gerathen Bestimmungen in Erinnerung gebracht wird. Es herrscht in allen diesen Fragen noch ein gewisses Dunkel. Die Bevölkerung glaubt, und die juristischen Autoritäten bestätigen, daß durch Erklärung der Gleichheit vor dem Gesetz alle, die Juden von der Ausübung staatsbürglicher Rechte ausschließenden Verordnungen bestraft seien, soweit ihr Fortbestehen nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde. Nun hebt aber die Regierung eine von diesen Verordnungen nach der anderen auf; bestehen also alle übrigen noch? Die Zahl der Ausnahmsbestimmungen ist Legion, und wenn sie in der bisherigen Weise durch Sonntagsbills erst richtig erklärt werden müssen, so hat die Regierung noch für lange Zeit Stoff zu „Reformen“. Bedenklich ist außerdem, daß die Bergünstigung, welche in Aussicht gestellt wird, für die Provinzen keine Geltung zu haben scheint, deren Gesetzgebung sich durch entschiedene Intoleranz gegen die Juden auszeichnet. — Eine Deputation der Zeitungsseher und Drucker hatte vor einigen Tagen beim Statthalter, Fürsten Lobkowitz, Audienz, um gegen die Herausgabe von Montagsblättern Protest zu erheben. Sie hatten zuerst Schritte bei den Zeitungseigentümern gethan, auch von allen bis auf einen das Versprechen erhalten, daß sie die Montagsnummern eingehen lassen wollten, vorausgesetzt, daß kein Blatt eine Ausnahme mache. Da die Sache an der Weigerung des einen scheiterte, haben die Beteiligten sich zu der erwähnten Beschwerde entschlossen, und die Zufügung geprägter Prüfung des Verhältnisses erhalten. Der Erfolg kann nicht zweifelhaft sein, da alle Sonntagsarbeit verboten ist, und die bisherige Überschreitung des Gesetzes nur stillschweigend geduldet wurde. (N. 3.)

Wien, 19. Jan. [Dementi.] Die heutige „Wiener Zeitung“ dementirt die von der „Times“ gebrachte Nachricht, daß Destreich auf eine Anfrage Englands in Betreff Italiens eine Erklärung abgegeben habe. Eine solche Erklärung könne nicht erfolgt sein, da gar keine Anfrage gestellt worden sei. — Gestern Abend wurden im

Privatverkehr Kreditaktien zu 201, 30, Nationale zu 79, 30 gehandelt. (Sel.)

Bayern. München, 18. Januar. [Die preußische Thronrede] hat, wie schon die giftigen Randglossen der ultramontanen Blätter bezeugen, auch in Altbayern angelungen. Die Mehrzahl der Urtheile, die wir hierüber vernahmen, vereinigte sich dahin, daß die Thronrede, indem sie, herausgetretend aus der in derartigen Altenstücken hergebrachten Phraseologie, offen für die verfassungsmäßigen Rechte Kurhessens und der Herzogthümer einstehe, ein Unterstand biete dafür, daß es Preußen mit den moralischen Eroberungen Ernst sei, auf die in der dermaligen politischen Lage Deutschlands das Augenmerk aller Patrioten gerichtet ist. Im Einflage mit diesem Urtheil steht das allgemeine Interesse, das sich an die bevorstehenden Verhandlungen der preußischen Kammer festsetzt, sicher ein höheres, als es die bundestädtlichen Sitzungen jemals hervorgerufen haben und hervorrufen werden. (N. 3.)

Lindau, 17. Januar. [Werbungen für Rom und Neapel.] In dem angrenzenden österreichischen vorarlbergischen Gebiete sind gegenwärtig durch Werbeagenten die Werbungen von Freiwilligen für die päpstlichen und neapolitanischen Fremdenregimenter in vollem Gange; täglich treffen mit sogenannten Anwerbungskarten, als Legitimation dienlich, hauptsächlich aus der Schweiz, Mannschaften ein, welche sofort von Bregenz nach Verabreichung eines Handgeldes, nach den Werbedepots geleitet werden. Einige Individuen aus Württemberg und Baden, die schon früher in päpstlichen Diensten standen, begaben sich in den letzten Tagen, wahrscheinlich gelockt durch den höhern Sold, zu erneutem Eintritte in den päpstlichen Fremden Dienst. (N. 3.)

Baden. Freiburg, 18. Jan. [Das Konkordat und was damit zusammenhängt.] Unre Bürgerstadt ist entrüstet über die Art, wie sie in dem Flugblatt: „Die Lehrfreiheit und die Universität Freiburg“ behandelt werden. Über die Ultramontane lassen es ihrerseits auch nicht fehlen, ihre Gegner zu bekämpfen, und wo die Gelegenheit sich zeigt, lächerlich zu machen. So ist ein junger Lehrer am Lyzeum, bei den Aufgaben über den Accus. cum Inf. den Satz überzusetzen: „Wir glauben, daß die Freiburger Elsel seien“ Credimus Friburgenses asinos esse! Und als die Schüler die Schule verließen, sagte er: Wenn ihr nun über den Martinsplatz (der Platz vor dem Rathaus) geht, so werdet ihr dort sehen, wie sie dort hereinziehen von ihrem Landtag, die Schneiderlein, Schusterlein, Zimmerleinlein ic. ic. und erlaubte sich noch gewisse Ausdrücke über die Freiburger Bürger, die bekannt zu machen der Antagon verbietet. Da nun Alles über die oben angeführte Broschüre ausgebracht war und gewisser Ausdrücke wegen die Autorität dem Prof. Stolz, dem Verfasser des Kalenders für Zeit und Ewigkeit, zugetrieben, so erklärte Prof. Dr. Zell sich als Verfasser derselben. — Wie die Geistlichen vielfach sich gegenüber ihren Pfarrkindern zeigen, das seien wir ganz besonders an dem Betragen des Pfarrers Dr. Schleyer in Kappel am Rhein, in unserer Nachbarschaft, der früher an hiesiger Universität Kirchengeschichte lehrte. Als die Bauern seiner Gemeinde, und insbesondere der Ortsvorstand und der Gemeinderath, die an den Papst zu richtende Weiletsadreß nicht unterzeichnen wollten, mit dem Vorgeben, daß wenn der Papst bedrängt sei in seinem weltlichen Regimente, er sich an Kaiser und Könige, aber nicht an die Bürger von Kappel wenden möge, so empfing der Dr. Pfarrer am Sonntag darauf von der Kanzel seine Gemeinde mit den Ausdrücken: O ihr dummen Simpel, ihr Dummköpfe ic. ic. Und als hierauf der Bürgermeister und die Gemeinderäthe aus der Kirche fortgingen, drohte er dem Ersteren, daß er ihn, sowie wie alle anderen von allen kirchlichen Verhüttungen absiegen werde. Dem Gemeinderath liegt nämlich ob, bei der Krohnachtsprozession den Baldachin zu tragen. In einer Schwerdeschrift an das hiesige Ordinariat erklären jene Männer, daß sie so lange die Kirche in ihrer Gemeinde nicht mehr betreten würden, als dieser Pfarrer dort fungire; dogegen würden sie in den benachbarten Orten ihren Pflichten als katholische Christen nachkommen. Die Gemeinde ist eine der wohlhabendsten in unserer Nachbarschaft; wir sind begierig, was das Ordinariat anordnen wird. Der Pfarrer selbst hatte sich schon als hiesiger Professor als ein eifriger Anhänger des Ultramontanismus und leidenschaftlicher Ankläger seiner Kollegen gezeigt und wurde auch wegen des letzten Punktes von der Hochschule entfernt. — Man hat jetzt auch angefangen, die Konvention im Verhältniß zu den Lehrersehulen zu erörtern. In dieser Hinsicht liegen mehrere Bestimmungen vor, die dem Bischof große Rechte über Lehrer und Schüler einräumen, und es droht den klassischen Studien und der Philosophie, die von den Ultramontanen als das moderne Heidentum bezeichnet werden, Gefahr, denn es wird nicht fehlen, daß der Gymnasialunterricht nach und nach an den als katholisch bezeichneten Gymnasiaten in die Hände der Jesuiten oder doch nur jesuitisch gesetzten Lehrer gespielt wird. — Vor uns liegt das Probeblatt des Süddeutschen evangelisch-protestantischen Wochenblattes, das bei Mohr in Heidelberg und unter dessen Redaktion erscheint. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Zeitschrift, die vielleicht dem Konkordat ihre Entstehung verdankt, in offenem Kampf mit dem katholischen Kirchenblatte treten wird, besonders in einer Zeit, in der alle Genußthü sich in großer Auseinandersetzung befinden.

Frankfurt a. M., 17. Jan. [Aus der gesegneten Versammlung.] In der gestrigen Sitzung der gesegneten Versammlung stellte Häfnermeister Hoffmann den Antrag: „1) Hohen Senat zu ersuchen, sämtliche Kunstbeschränkungen aufzuheben und an deren Stelle eine freisinnige, den Ansprüchen der Zeitzeit Rechnung tragende Gewerbe-Ordnung zu setzen, und 2) die Erwartung auszupreden, daß hoher Senat die betreffende Gesetzesvorlage hierüber recht bald an die gesegnete Versammlung gelangen lasse.“ Dieser Antrag wurde nach längerer, zum Theil sehr humoristischer Debatte mit den Zusatzanträgen des Dr. Juch, daß auch die Bestimmungen der Rathsordnung von 1660, die Änderung der bürgerlichen Nahrung und die gleichzeitige Betreibung mehrerer Geschäfte betreffend, aufzuheben seien“, so wie des Dr. Friedleben, „hohen Senat zu ersuchen, 1) über diese Neuwahl der Gewerbe-Kammer entsprechende Vorlagen zu machen, und 2) die Wahl der neuen Mitglieder für die ausgetretene (freisinnige) Minorität vorerst zu suspendiren“, in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 1 Stimme angenommen.

Hamburg, 19. Jan. [Zur Verfassungsfrage.] In der gestern Abend stattgehabten Bürgerschaftssitzung sind nach Antrag des Verfassungs-Ausschusses die Vorschläge des Senats mit überwiegender Majorität abgelehnt worden. Der Antrag der Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses, Ober-Gerichtsrath Knauth und Genossen, daß von Bürgerschaft die zufolge Raths- und Bürgerschlusses vom 11. August „ausschließlich“ nach Maßgabe der Bundesnote vorzunehmende Revision in Beratung genommen werden soll, wurde bei namentlicher Abstimmung mit 102 gegen 70 Stimmen angenommen. (Sel.)

Hessen. Kassel, 18. Jan. [Die Wilmarsche Partei.] Die in allen Instanzen erfolgte Verurtheilung Wilmars wegen Beleidigung der Marburger theologischen Fakultät hat jetzt eine Monstre-Erläuterung von nahe 1½ Hundert ihm wegen seiner Apotheosisierung des geistlichen Amtes noch über den strengsten Katholizismus hinaus anhängenden Geistlichen hervorgerufen, in welcher derselbe als ein ganz besonderes Rüstzeug, „das Gott für seine Kirche bereitet hat“ dargestellt wird und „die Streiche, die man gegen ihn geführt“, als solche, „die nicht einem wirklich vermeinten sittlichen Makel derselben, sondern der heiligen Sache des Herrn Jesu gelten“ die er gegen die Widersacher derselben vertritt. Das Altenstüd-

dokumentirt aufs Neue, daß die Bismarck'sche Partei noch ebenso oben an in der Kirche, als die Hassenpflug'sche im Staate steht, da die einflußreichsten Persönlichkeiten zu den Unterzeichnern derselben gehören. (B. 3.)

[*Zur Verfassungsfrage.*] Das „Fr. I.“ schreibt: Aus guter Quelle wird mitgetheilt, daß der österreichische Gesandte seit längerer Zeit ohne Erfolg bemüht ist, das landesherrliche Zugeständniß zu allen von den Ständen (in ihrer gemeinsamen der Bundesversammlung vorliegenden „Erklärung“) erhobenen Ansprüchen hinsichtlich des Inhalts der künftigen Verfassung zu ertheilen. Auch die Adresse der Ersten Kammer an den Kurfürsten, in welcher das Gleiche begeht wurde, verdaubt mit ihre Entstehung österreichischem Einfluß und, wie unsere Zweite Kammer auf preußischer, so steht die Erste Kammer auf österreichischer Seite. Die Regierung erwartet ihren Spruch von der Bundesversammlung, denn Österreich, das die auf die Bundesrepublik gebauten Hoffnungen zu verwirklichen außer Stande ist, hat seinen Einfluß verloren.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Januar. [Die Beziehungen zwischen England und Frankreich.] Der „Observer“ erklärt jetzt ganz ausdrücklich, daß zwischen der englischen und der französischen Regierung zwar ein herzliches Einvernehmen (entente cordiale), aber keine förmliche Uebereinkunft (engagement) besthebe. Der „Morning Herald“ spricht sich abermals gegen die Art dieses Einvernehmens in Betreff der italienischen Angelegenheiten aus. Die zahlreichen Widersprüche in den Mittheilungen der eingeweihten Blätter, wie „Times“, „Post“ und „Daily News“, bemerkt das torisische Blatt, hätten doch nicht verhindern können, daß gewisse Thatachen herauslämmen. Es leide keinen Zweifel, obgleich das Ministerium offenbar wünsche, es nicht bekannt werden zu lassen, daß eine Grundlage gemeinsamer Aktion zur künftigen Ordnung Italiens vereinbart sei, und daß, um einig zu werden, ein auf gegenseitige Zugeständnisse gegründeter Handelsvertrag negoziert werde. Worin das Uebereinkommen bestehen möge, werde man freilich nicht leicht erfahren, bevor das Parlament zusammentritt; aber man könne ganz sicher sein, daß der Kaiser es für bindend halten müsse, sonst hätte er Österreich und den Papst nie aufgegeben. Und man könne ebenso sicher sein, daß Englands Aktion sich so ziemlich darauf beschränken werde, Frankreich zu helfen, daß es seinen eigenen Willen durchsetze. Der Vertrag, das Uebereinkommen, die Allianz oder das Einverständniß, was es nun immer sein möge, werde (von der „Times“) damit vertheidigt, daß die bloße Kundwerbung dieser Thatsache Europa ein heiliges Grauen einföhnen und England so in Stand setzen werde, seine Zwecke in aller Ruhe zu erreichen. Das heiße nun wahrlich, die Furchtbarkeit der westmächtigen Allianz allzu hoch anzuschlagen, und weder Russland, noch Preußen oder Österreich dürften dieser Auffassung bestimmen. So machtlos Österreich für den Augenblick scheinen möge, so habe es schon größere Gefahren überlebt, als diejenigen, von denen es sich jetzt bedroht sehe. Wenn kein jugendlicher Kaiser sich seinem Volk in die Arme werfen und den Ungarn eine Verfassung gewähren wolle, so könne er in Italien immer noch ungeheuer viel zu schaffen geben. Wenn es zum Kampf zwischen Nationalität und Legitimität kommen sollte, so wäre schwer zu sagen, ob Preußen und Russland sich nicht der Sache annehmen würden, die mit ihren Interessen verwachsen sei. Es würde keines sehr starken Spornes bedürfen, um das alte Gefühl in Deutschland von Neuem aufzustacheln. England hätte dann Europa zum Feinde, und seine einzige Stütze wäre die französische Allianz, diese Allianz, die vermöge alter Überlieferungen und Interessenzwiste stets den härtesten Proben ausgesetzt bleiben müsse, eine Allianz, die auf einer vorübergehenden Gemeinsamkeit des Zweckes beruhe, der aber das sicherste Element der Dauer, die Identität des Princips, in den nationalen Institutionen der beiden Länder fehle. Welcher neue politische Umschlag sei von der französischen Regierung nicht zu erwarten? Welche neue Phase der italienischen Frage könnte man für unmöglich erklären? Die „Morning Post“ glaubt nicht einmal an eine Gemeinsamkeit der Zwecke. Die französische Presse hat aber und abermals versichert, daß England keine italienische Politik habe, daß man Frankreich und Österreich allein zu fragen berechtigt sei. Aber wenn England eine italienische Politik habe, so sei es sicherlich nicht diejenige Frankreichs. Andere Mächte seien vernünftig genug gewesen, einzusehen, daß sie durch Unterstützung der französischen Pläne in Mittel-Italien eine französische Übermacht aufzubauen, in der That ein französisches Protektorat schaffen würden. England allein gehe blind in die Falle und bilde sich im Vertrauen auf seinen Takt und seine Gewandtheit ein, daß es das Papstthum vernichten, Sardinien zu einer Macht ersten Ranges erheben und wer weiß ob nicht auch den letzten Jesuiten und Bourbon von Neapel verjagen werde. Was hingegen wolle Frankreich? Eine Union schwacher Bundesstaaten; ein Sardinien, gerade stark genug zum brauchbaren Vasallen; ein Königreich Ertrurien mit Institutionen nach französischem Muster; einen Papst mit einem geschmälerten, ihm durch französischen Einfluß erhaltenen Erbteil. Kurz, man möge die Allianz von welcher Seite immer betrachten, so könne man darin nur eine Gefahr für Englands Beziehungen zu den Mächten des Festlandes und zuletzt für Englands Frieden mit Frankreich erblicken.

[*Tagesnotizen.*] Lord Landesborough, geboren im J. 1805 und seit dem im J. 1850 erfolgten Tode seines Vaters Mitglied des Oberhauses, ist vorgestern nach längerem Krankenlager hier gestorben. Seine kurze diplomatische Laufbahn begann er im Jahre 1824 als Attaché in Berlin, ging im folgenden Jahre in derselben Eigenschaft nach Wien und blieb dafelbst bis Febr. 1828, um dann als Gesandtschaftssekretär nach Florenz versetzt zu werden. In Florenz blieb er nur etwas über ein Jahr, denn schon im Juli 1829 wurde er zum Gesandtschaftssekretär in Berlin ernannt, welchen Posten er bis zum Jahre 1831 bekleidete. Von da an lebte er in England und sah von 1835—1841, dann wieder von 1847—1850 für Canterbury im Unterhause, bis er durch den Tod seines Vaters ins Oberhaus gelangte. Die Güter und Titel des eben Verstorbenen, der zur Whigpartei gehörte, erbte sein ältester Sohn aus erster Ehe, William Henry Forester Denison, geboren 1834, damals Unterhausmitglied für Scarborough, wo somit eine neue Wahl vorgenommen werden muß. — Die von der „Ecuador Land Company“ organisierte Expedition zur Kolonialisierung des Landstriches am Pailon soll London zu Ende kommender Woche verlassen. Auf dem von ihr angekauften, herrlich ausgestatteten Schiffe begeben sich 30 Personen, darunter mehrere erfahrene Reisende,

ums Kap Horn nach dem Orte ihrer Bestimmung. Sie erhalten neben den vollständigen Reisekosten, einen bedeutenden Anteil an den etwaigen Gewinnsten während der ersten beiden Jahre.

Frankreich.

Paris, 17. Januar. [Die Aufnahme der kaiserlichen Botschaft.] Wenn ich erwähnte, der Enthusiasmus über das Friedensprogramm des Kaisers halte seinen Ausbruch noch zurück, so dachte ich nicht an die Hafenstädte des Südens. Bordeaux und Toulouse freilich haben alle Ursache, sich zu enthusiasieren, und sie haben es an äußeren Kundgebungen ihrer Freude nicht fehlen lassen. Der Telegraph meldet, daß die Heder von Bordeaux ihre Häuser erleuchtet haben, das Bildnis des Kaisers strahlte in Brillantfeuer. Und es ist wahr, das Programm enthält für jede Klasse eine Gabe, selbst die schwer geängstigten Kohlengruben finden einen Trost in der Verheizung, daß die Kommunikationen und besonders die Wasserstraßen vermehrt und verbessert, die Tarife herabgesetzt, die Kanalabgaben aufgehoben werden sollen. Am meisten werden die Landwirthe entzückt sein, die Gesamtheit alles dessen, was den übrigen Berufsweisen zugesagt, kommt ihnen zu Gute. Die Frage bleibt nur, wann wird dieses Programm sich erfüllen. Zu seiner Ausführung ist eine unüberlebbare Reihe von Geleisen notwendig, diesen muß eine Fülle von Studien und Vorarbeiten vorangehen, man kann einem in der Geschichte eines Landes wurzelnden Wirtschaftssystem nicht über Nacht ein neues und entgegengesetztes substituieren. Am auffälligsten ist die Haltung der Presse. Der unabkömmlinge, will sagen der nicht inspirierte und nicht subventionirte Theil der Journale wartet auf die Stimme des Landes, auf die Aeußerungen der Departements, auf das Votum der Börse. Das erklärt sich, aber wie ist das Zaudern, das scheue Zurückhalten der gouvernementalen Blätter zu erklären? Es ist wahr, diese Organe waren gewohnt, der Protection das Wort zu reden, allein für sie hat es niemals eine Schwierigkeit gegeben, über Nacht mit einem System zu brechen, das sie Jahre lang vertheidigt hatten. Sehr mißvergnügt sind die Industriellen, sie nennen das Schreiben vom 5. Januar den zweiten Staatsstreich; die feurigsten Redner, welche der Imperialismus in diesem Kreise hatte, sind in Anklager umgewandelt. Die Unterdrückung der Prohibitionen, welche das Schreiben ankündigt, gilt ihnen für das Todesurtheil der französischen Industrie, die in Aussicht gestellten Darlehen betrachten sie als Schaugerichte, die sich niemals verwirklichen werden, die nur den Zweck haben, den Unmut der geschlagenen Industrie für den Augenblick zu neutralisiren. Die Börse, die sich von Skrupeln nicht leicht ängstigen läßt, sie läßt sich in der Regel vom Totaldruck bestimmen, würde dem Programm züchtlos zugejaucht haben, wenn der „Flottenmoniteur“ sie nicht mit der Nachricht erschreckt hätte, die Marine würde sie approvisionirt, als befände sie sich auf dem Kriegsfuß. Der Eindruck dieser Nachricht war so drückend, daß nicht nur das Programm vom 5. Januar, sondern selbst die Abschaffung der Tourniquets nicht so gewürdigt wurde, wie zwei so große Börseneignisse gewürdigt zu werden verdienen. Die Drehkreuze sollen in der That fallen, die Eingangssperre an der Börse wird aufgehoben, die Einnahme wird durch eine andere Municipalabgabe erlegt werden. Neben dies ist auch der Börse mit dem Freihandel auf dem Papier, den verheissen Vorhüssen an die Industrie, der proklamierten Abschaffung der Prohibitionen und der Ermäßigung der Eingangsölle allein nicht gedient, auch sie fragt nach dem Wenn und Wie, auch sie erblickt in dem Programm, wenngleich nicht ganz aus den Gesichtspunkten der zunächst bedrohten Industriezeuge eine Dezemberthat, und die Pessimistisch-Gefünten suchen schon in den Kreisen ihrer industriellen Bekanntschaften Diejenigen, welche die Ausführung des Programms als Leichen auf das Pfaster werfen werde. Der Kampf der einander widerstreitenden Anschaunungen spiegelte sich in den grobartigen Schwankungen der Börse wieder. Bald war die Hauss Meisterin des Terrains, bald die unzweideutigste Basse. Das Ende war nicht eine Entscheidung zu Gunsten der einen oder der anderen Partei, sondern eine Entkräftung beider. Man gab die Spekulation am Schlusse auf, und alle Theile beeilten sich zu realisiren. (B. 3.)

[*Reformen im Bekleidungswesen der Armee.*] Der „Moniteur de l'Armée“ veröffentlicht folgenden Artikel über äußerst wichtige Reformen im Bekleidungswesen der französischen Armee: „Auf Befehl des Kaisers hat der Kriegsminister Marschall Randon für das Bekleidungswesen Maßregeln getroffen, welche dasselbe wesentlich verbessert haben und deren unbestreitbarer Nutzen sich aus Folgendem erkennen läßt. So oft der Effektivbestand des Heeres rasch und beträchtlich vermehrt werden mußte, genügte das Bekleidungswesen nicht vollkommen den Bedürfnissen, und zwar der Unzulänglichkeit der Vorräthe und der Werkstätten wegen. Bis jetzt hatten die Vorräthe an Bekleidungsstücke keine normale Reserve. In ruhigen Zeiten wurden sie auf den Friedensetat gebracht und aus Sparamtsrücksichten sehr vermindert. Die Nebelstände dieses Systems springen in die Augen; eilig getroffene Maßregeln beeinträchtigen die gute Ausführung und die Interessen des Staatschazes. Darum sollen nach den neueren Verfugungen des Kaisers die Vorräthe der Armee in Zukunft beständig auf dem Kriegsfuß eingerichtet sein. Dies soll erst allmäßig erreicht werden und innerhalb der Grenze der jährlichen Kredite, welche man nach und nach von den Kammern verlangen wird. Anfangs wird das allerdings die Ausgaben vermehren; kommen aber dann Kriegserüchte oder der Krieg selbst, so braucht man keine außerordentlichen Kredite mehr zu verlangen und dadurch seine Situation aufzudecken gerade dann, wo das größte Geheimniß über die ersten Vorbereitungen walten muß; der Staatschaz wird ungeheure Summen ersparen, weil er nicht mehr von der plötzlichen Hauss aller Waaren zu leben haben wird; und ferner kann man einer guten Ausführung der Bekleidungsstücke sicher sein. Bisher wurde in folgender Weise verfahren. Die Lieferungen, der Stoff wurden öffentlich ausgetragen und von den Magazinen in Empfang genommen, welche die verschiedenen Korps nach Bedürfniß mit Stoffen versorgten; diese wurden alsdann von den Handwerkerkompanien (compagnies hors rang) verarbeitet. Die Regimentswerkstätten bieten alle wünschenswerthen Garantien guter Arbeit; denn die Meister können beständig kontrollirt und zur Verantwortlichkeit gezogen werden. In Kriegszeiten reichten sie aber nicht aus, und bedeutende Lieferungen mußten in eiligst organisierte Privatwerkstätten angefertigt werden. Diese waren erst nach langen Versuchen in Gang zu bringen und arbeiteten nur zu oft sehr mangelhaft, weil nach Entgegennahme der Lieferung jede Verantwortlichkeit aufhörte. Zeit-

nun hat der Minister entschieden, daß in den Magazinen beständig 100,000 vollständige Bekleidungen vorrätig gehalten werden sollen. Damit wird das jährliche Kontingent bekleidet werden, und der Vorrath wird alle Jahr erneuert. Was nun die Organisation der Arbeit betrifft, so bleiben die Handwerkerkompanien bestehen, und ihre Kadres werden permanent erhalten, wie die der aktiven Bataillone. Aber die Reserve von 100,000 Bekleidungen wird der Privatindustrie anvertraut; eine große mit Maschinen wohl ausgerüstete Fabrik, welcher alljährlich eine so bedeutende Bestellung gesichert ist, würde im Nothfall durch Hinzufügung einiger Maschinen im Stande sein, monatlich 60,000 Bekleidungen zu liefern. In Betreff der Fußbekleidung hat man während der Feldzüge in der Krim und Italien die Erfahrung gemacht, daß die Handwerkerkompanien nicht mehr ausreichen, und man hat sich in dringenden Augenblicken nicht auf die Privatindustrie verlassen können. Darum hat jetzt eine bereits organisierte Privatfabrik den Auftrag erhalten, jährlich eine Reserve von 300,000 Paar Schuhen anzufertigen. Endlich ist noch folgende wichtige Reform zu erwähnen. Bisher verabsagten die Magazine nur auf Befehl des Kriegsministers. Von nun an soll aber jedes der großen Militärcorps seine besonderen Magazine haben, und die Divisionsintendanten sind ermächtigt, die nötigen Gegenstände an die einzelnen Corps zu verabsagten. Diese Maßregeln“, schließt der „Armeemoniteur“, „werden dem Staatschaz in Wahrheit nichts kosten, und sie sichern in naher Zukunft sogar beträchtliche Ersparnisse, weil die Maschinenarbeit die Herstellungs kosten allmäßig herabdrückt.“

[*Tagesbericht.*] Herr Thouvenel, der neue Minister des Auswärtigen, ist bereits in Messina eingetroffen und wird Freitag Abends hier selbst anlangen. — Diese Nacht ist der Dirigent des Orchesters der großen Oper, Herr Girard, plötzlich gestorben. Gestern Abend dirigirte er noch die Hugenotten, wurde im dritten Akt unwohl und war eine Stunde später tot. Girard war außer seiner Stellung an der Oper Mitglied der Gesellschaft des Konservatoriums, der Kapelle des Kaisers und Lehrer für die Violine am Konservatorium. — Wie der „Constitutionnel“ meldet, haben nicht die belgischen großen Fabrikgesellschaften, sondern die französischen das Glück gehabt, vom Verwaltungsrathe der römischen Eisenbahnen am 7. Januar die Lieferung sämtlicher Erfordernisse im Laufe von 22 Millionen Fr. zugeschlagen zu erhalten. — Lord Cowley ist heute hier eingetroffen. — Lesseps ist am 10. d. von seinem Ausfluge nach Ober-Egypten nach Alexandrien zurückgekehrt. — Daß das Garde-Zuaven- und das Garde-Gendarmerieregiment aufgelöst werden solle, ist dem „Constitutionnel“ zu folge durchaus unwahr. — Während die Seehandelsstädte, namentlich Cette und Bordeaux, über das kaiserliche Programm in freudiger Erregung sind, geht ein finsterner Geist durch die industriellen Etablissements. Um denselben zu bannen, hat der Kaiser zunächst die Hauptvertreter der Eisenindustrie durch den Telegraphen hierher berufen, um unter seinem Befixe zu konferiren. Herr Mimerel, einer der bedeutendsten protektionistischen Industriellen von Paris, hat gestern eine Audienz beim Kaiser gehabt. Vor Allem, und das liegt in der Natur der Sache, wird man die schußgönnische Partei über die vorschnelle und allzu radikale Durchführung des kaiserlichen Programms zu beruhigen suchen. Der „Constitutionnel“ hat bereits seinen Übergang aus dem Lager der Prohibitionisten in das der kaiserlichen Ideen bewerkstelligt. — Die politischen Nachrichten machen heute wenig Eindruck. Selbst das, was man über eine vom 7. Januar datirte Protestation des päpstlichen Stuhles sagt, läßt die von der innern Reform erfüllten Gemüther ziemlich unberührt, ebenso die an und für sich höchst bedeutungsvolle Meldung einer Kabinetskrise in Turin. — Marshall Baillant wird, auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers, eine Reihe von Bällen in Mailand geben. — Der Kaiser hat an die Mutter des in Cochinchina gefallenen Genie-Oberstlieutenants Derouëde-Dupré ein sehr verbindliches und teilnehmendes Beileidschreiben richtet lassen. — Am verlorenen Sonntage hatten die Herren Thiers, Dupanloup und Lacordaire eine Konferenz bei Eisern. Pater Lacordaire ist nun der Kandidat der Akademie, welcher die meisten Aussichten hat, neben Herrn Dupanloup einen Sessel in der Akademie einzunehmen. — Mehrere Orden des heiligen Ferdinand, Karls III. und Isabella's der Katholischen wurden durch die Königin von Spanien den französischen Offizieren der Cochinchinesischen Expedition geschickt. Die Truppen erhielten 17 Kreuze des Maria-Isabella-Louis-Ordens. — Die direkten Steuern haben im vorigen Jahre 473 Millionen (9 Millionen mehr als im Vorjahr) eingebracht. — Die Nichtigkeitsbeschwerde der Madame Lemoine gegen das Urtheil des Assenhoftes, welches sie zu 20 Jahren Arbeitshausstrafe verurtheilt, ist vom Pariser Cassationshofe verworfen worden.

[*Gefährlichkeit der Streichzündhölzer.*] Viele Departements des südlichen Frankreichs sind bei der Regierung darum eingekommen, die Fabrikation und den Verbrauch der Streichzündhölzer zu verbieten. Sie stützen ihren Antrag auf folgende statistische Notizen: Man zählte in Frankreich 1832 im Ganzen 2262 zufällige Brandungslücke, einige weniger in den folgenden Jahren, aber 1838, wo die Zündhölzer in den Handel kamen, 2776, dann 1839 schon 3056, und so steigt die Zahl der durch Zufall entstehenden Brandungslücke mit Tausenden, so daß 1844 ihre Zahl schon 5898 betrug, 1849 aber 7061, dann 1850 schon 7595, dann 8732 im Jahr 1852, und 1854 nicht weniger als 10,750 und 1857 auch 9697. Die meisten dieser Brandungslücke wurden durch Streichzündhölzer veranlaßt.

[*Marineverluste.*] Von den im vorigen Jahre überhaupt verloren gegangenen 2320 Schiffen gehören 1301 der englischen und 472 der französischen Marine an; von letzteren waren 109 Schiffe langer Fahrt und 363 Küstenfahrer. Die Kriegsmarine hat den „Duguay-Trouin“, den „Séné“ und die „Stridente“ verloren. Außerdem sind noch 24 französische Schiffe spurlos geworden. Verbraucht sind im vorigen Jahre 9 französische, dagegen 39 amerikanische, 21 englische und 44 von anderen Flaggen, zusammen 113. Von den überhaupt untergegangenen 126 Dampfern waren 11 französische, 23 amerikanische und 38 englische.

Paris, 18. Jan. [*Stimmung.*] In Folge der Nachrich-

ten, Graf Favre werde wieder in das sardinische Ministerium eintreten, herrschte eine matte Stimmung an der Börse. (B. 3)

Niederlande.

Amsterdam, 17. Jan. [*Aus den Kolonien.*] Mit

der niederländischen Überlandpost traf so eben, wie der „Mr. G.“ aus Ostindien meldet, die Nachricht hier ein, daß der Befehl gegeben sei, die königl. Dampfskorvette „Groningen“ zu Sonzabaya so in Stand zu setzen, daß dieselbe am 1. Jan. 1860 die Fahrt nach China und Japan antreten könne. Wie angedeutet wird, sei die Ordre fogleich in Vollzug gebracht worden.

Italien.

Turin, 15. Jan. [Die Kabinetskrisis.] Der Minister des Unterrichts, Graf Galati, ist zurückgetreten, und ob das ganze Kabinett oder nur eine Fraktion desselben seinem Beispiel nachfolgen werde, hängt einzig davon ab, ob eine Verschmelzung mit einem Kabinett Cavour in dem Willen der gegenwärtigen oder der zukünftigen Minister liegt. Graf Cavour ist und bleibt, wie schon oft gesagt, der einzige Mann, der zur allgemeinen Befriedigung die Periode des Provisoriums zu schließen vermag, wie er auch der einzige war, um diese Periode vorzubereiten und zu eröffnen. Eine Einverleibung kann nur durch Cavour mit Erfolg vollzogen werden, weil nur er der Mann ist, in dem Mittelitalien mehr den italienischen Staatsmann, als den sardinischen Minister erblickt. Will man nicht zurück- oder auseinandergehen, so darf man die kritische Periode des Interims nicht verlängern, und sie abzufürzen muß am so mehr im Augenblick die Aufgabe in Turin sein, als man überall sonst die Initiative dazu noch nicht ergreifen kann, oder, wie von vorn herein, nicht ergreifen will. (R. 3.)

Florenz, 13. Jan. [Industrieller Aufschwung; das Komplott; die franz. Flugschrift.] Toscana und namentlich Florenz haben wohl seit Jahrhunderten nicht solche industrielle Regsamkeit an den Tag gelegt, wie es eben jetzt der Fall ist. Der bereits weltberühmte Lungo l'Arno wird um das Doppelte, bis tief in die Gescine verlängert, die untere Festung, Fortezza del basso, ist in eine große Waffenfabrik umgewandelt worden, in der schon einige Hundert Schweizer arbeiten. Für die neue Bahn von Florenz nach Bologna via Ponte a Sieve, macht man schon Vorstudien, und Tausende von Händen sind auf den Staatsbahnen nach Arezzo und Grosseto Beschäftigung, nicht zu reden von den Befestigungsarbeiten in Livorno und dem riesigen Unternehmen der Trockenlegung der Maremma. An wohlverstandener Initiative und wirklich großartigen Impulsen fehlt es nicht. — Die Urheber des erwähnten Bombenkomplotts hat man abgefischt. Die Bomben haben die Fensterläden am Boncompagni'schen Palast zerstört und Gips und MörTEL von den Decken heruntergebracht; weiteren Schaden haben sie nicht angerichtet. — Das Erscheinen der französischen Flugschrift ist in Toscana mit nicht geringerer Freude begrüßt worden, als es seiner Zeit mit den Siegesbotschaften von von Magenta und San Martino der Fall gewesen. Die Straßen von Siena schmücken sich mit Tricoloren, und Abends wurde illuminiert. In dem mehr praktischen Pistoja haben sich die umliegenden Dörfer an dem Tage in festlichen Zügen vereinigt und sind mit Weib und Kind und unter Musik und fliegenden Bannern in die Stadt gezogen, um dem Zentralkomitee des Garibaldischen Waffenvereins ihr Scherlein zu überbringen. (R. 3.)

Rom, 14. Jan. [Diplomaticus.] Graf Buol wurde vom Papste empfangen. Der belgische bevollmächtigte Minister am päpstlichen Hofe, Carolus, hat seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

[Die Verhaftung Teletti's.] Die amtliche „Gazetta di Parma“ bringt eine Mittheilung der Regierung, worin die Angaben über die Verhaftung des Paters Teletti in Bologna berichtet werden. Die Festnahme des Paters erfolgte nur auf Betrieb der Familie Mortara selbst, und die Festhaltung derselben in Haft wurde verfügt, weil der Pater nicht im Stande war, sich wegen der von zahlreichen Zeugenauflagen erhärteten Anklage auf Kindesraub zu rechtfertigen. Lebrigens wird, wie die amtliche Gazetta hinzufügt, der Pater mit den ihm zustehenden Rücksichten im Gefängnis des Justizpalastes behandelt, wo er in Haft gehalten wird, bis die Voruntersuchung in der Mortara'schen Angelegenheit beendigt ist und der Prozeß seinen regelmäßigen Verlauf hat.

Spanien.

Madrid, 19. Jan. [Vom Kriegsschauplatz.] Die spanische Armee ist vor Tetuan angelkommen und kampft am Mäntelius. Einige Schüsse aus gezogenen Kanonen haben hingebracht, den Feind, der in beträchtlichen Massen vorgerückt war, um eine Schlacht zu liefern, zu zerstreuen. Er hat sich nach dem Bermeja-Gebirge zurückgezogen. — Am 6. Januar befanden sich in den Militär-Spitälern von Malaga 1842 Kranke und Verwundete des afrikanischen Heeres, darunter 27 Generale und Offiziere. (Tel.)

Rusland und Polen.

Petersburg, 11. Jan. [Vom Hofe; Fürst Barjatinski; Stand der Bauernfrage; die Staatspapierfabrik; Asyl für katholische Frauen u. s. w.] Am 6. d. als am ersten Weihnachtsfeiertage (25. Dezember alten Stils), fand bei Hofe große Kour und das feierliche Tedeum zur Erinnerung an 1812 statt. Der sonst übliche Weihnachtsball ist bis auf heute verschoben worden. Fürst Barjatinski wird auf denselben erwartet. Der Feldmarschallstab, den der Fürst unterwegs auf der Herreise, 200 Werst von Stawropol, erhalten hat, war dem Enkel des ehemaligen Marshalls Fürsten Wolksontsi, dem kaiserlichen Adjutanten Durnoff, anvertraut gewesen. Auch der Held von Weden, General Graf Jewdomitoff, ist hier angekommen; überall auf den Straßen sieht man die Papakis (Pelzmünen) der kaukasischen Armee. Barjatinski geht übrigens nicht ins Ausland, sondern nach Tiflis zurück, wo ihn einstweilen General Kozebue vertritt. — Die Redaktionskommission der Bauernfrage hat sich nun dafür entschieden, daß die Leibeigenschaft allerdings prinzipiell abgeschafft werden, aber auch Übergangsbestimmungen in Kraft treten sollen, wonach die Freigelassenen noch neun Jahre lang zwei Tage in der Woche ihren adeligen Herren Arbeit leisten müssen. Das Adelskomitee von Nischni-Nowgorod hat an den Kaiser eine Adresse gerichtet, in welcher es sich bereit erklärt, ganz dem kaiserlichen Willen gemäß, alle Bauern sofort ohne Ausnahme und ohne Vorbehalt freizugeben. — Die zu Anfang vorigen Jahres abgebrannte Staatspapierfabrik ist mit einem Kostenaufwande von 3 Mill. Rubel wieder neu aufgeführt worden, aber leider so sorglos, daß jüngst ein ziemlicher Theil des Neubaus wieder eingestürzt ist, wodurch ein Schaden von 1 Mill. Rubel entstanden. Drei Baumeister sind zur Untersuchung gezogen. — Die Fürstin Gagarin hat ein Asyl für arme katholische Frauen ge-

gründet, dessen Statuten die kaiserl. Bestätigung erhalten haben. Diese wohlthätige Anstalt hat den doppelten Zweck, arme alte Frauen aufzunehmen und heimatlosen jungen Mädchen Erziehung angedeihen zu lassen. Ihre Existenz hat die Anstalt, außer aus dem Schenkungsfonds der Gründerin, aus anderen freiwilligen Gaben zu bestreiten. — In Schlüsselburg, Björneborg, Wilna und Vilkomierz sind Telegraphenstationen eröffnet worden. Mit Ausnahme der Station Schlüsselburg, wo nur in russischer Sprache telegraphiert wird, werden überall Depeschen auch in deutscher und französischer, in Björneborg aber außerdem auch in schwedischer Sprache angenommen und befördert. — Ein Artikel des „Russischen Posten“, über den Bürgerstand und über die Bedürfnisse und Wünsche der Industrie“ hat große Sensation gemacht. Es werden darin folgende Fragen erörtert: Warum sind die verschiedenen von der Gemeindeverwaltung erwählten Beamten so mittelmäßige Persönlichkeiten, daß sie ganz unter der Herrschaft ihrer Schreiber stehen? Warum wollen die Bürger ihren Kindern nicht die nothwendige Erziehung geben? Warum macht unser Handel und unsere Industrie keine Fortschritte? — Die transsibirische Kriegsstraße, welche bisher die kleine Horde hieß, hat jetzt den Namen: Provinz der Kirzigen von Orenburg, und eine eigene Regierung erhalten.

— [Vorschriften betreffend evangelischen Predigerwahl.] Am 20. Dezember hat der Kaiser folgendes Gutachten des Reichsraths Betreffs der Stimmburg bei den Predigerwahlen in den evangelisch-lutherischen Gemeinden Russlands bestätigt:

„Wenn zu der Wahl eines Predigers in einer evangelisch-lutherischen Gemeinde mehr als zwei Kandidaten vorgeschlagen sind, so werden für jeden die Stimmen besonders abgegeben, damit man

sich genau davon überzeugen kann, wie viel Stimmen jeder für sich und wie viel er gegen sich hat. Wenn keiner der Kandidaten eine absolute Stimmenmehrheit, d. h. mehr als die Hälfte sämtlicher Stimmen, für sich hat, so wird über diejenigen zwei Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, zu gleicher Zeit abgestimmt, damit einem von ihnen die Stimmenmehrheit zufalle; sollten auch in diesem Falle die Stimmen sich in gleicher Zahl verteilen, so bleibt die Wahl des Predigers aus diesen beiden Kandidaten dem Patron oder den Kompatronen, und wo diese nicht vorhanden sind, dem evangelisch-lutherischen Konistorium überlassen.“

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Januar. [Zur Situation.] Die „Berlingske Tidende“ veröffentlicht ein längeres Schreiben eines älteren Mannes über die gegenwärtig hier herrschende Zustände. Die jetzige Aufruhr sei offenbar, heißt es in demselben, durch eine plannmäßige Agitation, der eine fein angelegte Berechnung zu Grunde liege, herbeigeführt worden. Den Angriffen der Tagespresse seien die Vorstellungen im Kinotheater, die noch immer fortgezeigt werden, obwohl ein großer Theil des Publikums, wie sich zuverlässig behaupten läßt, für den Theaterbesuch nicht bezahlbar, sondern bezahlt werden, Pamphlete, Gassenhauer, das aufwieglerische Treiben der Schwagblätter und endlich die tumultuarischen Auftritte, welche seit der Neujahrsnacht in einem fort stattgefunden haben, gefolgt. Die Blätter thäten, als ob die skandalösen Szenen in der Neujahrsnacht zufällig durch Zelt und Gelegenheit herbeigeführt worden seien, und doch sei es möglich, daß Tags zuvor durch gedruckte Zettel, so wie auf Gassen und Straßen förmlich zur Beteiligung an den beabsichtigten Demonstrationen eingeladen worden sei. Mit einer eigentlichem Zartheit verhöhne die Presse diese Unstände, und doch sei um so mehr Grund sich darüber auszusprechen, als man vorwirkt, in diesen Tagen wiederum derartige Aufforderungen aus Haus geschickt bekommen (eine Abgabe, die auch in einem Artikel von „Dagbladet“ sich findet). Diese Zustände bezeichnen eine Pöbelherrschaft, welche mit den französischen Zuständen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts viel Ähnlichkeit habe, nur mit dem Unterschiede, daß man in Frankreich auf diesem Wege zur Freiheit gelangen wollte, während man hier, im freien Besitz der Freiheit, zu persönlichen, egoistischen Zwecken die Masse aufwiegeln läßt. Es sei nicht zu bezweifeln, daß es gebildete, politische Leute seien, welche Aenderungen, und zwar große Aenderungen, mit Hilfe dieser Ereignisse erreichen wollen, allein der einmal entfesselte Pöbel werde sich selbst von diesen Herren schwerlich so leicht zur Ruhe bringen lassen. Schließlich spricht der Verfasser des Schreibens seine Indignation über die Geheue derjenigen aus, welche Nachsicht nicht heden mit den Tumultuanten zu fraternisieren, die sie am Tage als „Pöbel“ bezeichneten. Die „Berl. Tid.“ teilt dieses Schreiben ohne jede Bemerkung mit. „Dagbladet“ bepricht ebenfalls die anonymen Briefe, welche zur Theilnahme an den im Laufe der nächsten Woche vorzunehmenden Demonstrationen auffordern. Gleichzeitig macht es nähere Mittheilungen über die Beteiligung der Studenten an den in der Neujahrsnacht, so wie in der vorigen Woche stattgehabten Demonstrationen. Beide Male zog eine Schaar von Studenten vor das Haus des bei den Studenten nicht sehr in Achtung stehenden neuen Kultusministers Borgen; dort wurde also dann ein großer Lärm auf die Thür geworfen u. s. w. Am vorigen Sonnabend traten die Studenten sogar vor der „Regierung“ (dem Universitätsstift) aus den Marchen vor die Wohnung des Kultusministers an und sangen, dort angekommen, das Lied: „Alt Snytter häves til Aerens Top“ (Das Schlingel der Ehren höchsten Grad erregen) u. s. w.

Kopenhagen, 16. Januar. [Vom Hofe.] Gestern gab der König im Mitterale des Christiansborger Schlosses den Mitgliedern des Reichstages eine glänzende Mittagstafel. Der Vorsitzende des Volksstings brachte einen sehr herzlichen Toast auf den König aus, welchem das Thema des königl. Wahlspruchs: „Des Volkes Liebe mein Starke!“ zu Grunde gelegt war. Mit lauter und klangeradem Stimme stellte der König seinen Dank für den schönen Toast ab.

Göteborg, 15. Jan. [Die Tumulte in Kopenhagen.] Nach den aus Kopenhagen hierher gelangten Nachrichten haben die bekannten Straßenerzte zwar die Anwesenheit der Gräfin Danner im Christiansborger Schloss zur offensiven Veranlassung, indessen entwidete die Revolte unverkennbar mehr und mehr den Charakter einer, unmittelbar gegen die Person des Königs gerichteten Volksbewegung, deren eigentliche Urheber und Anführer wohl schwerlich auf der Straße zu suchen sein dürften. Sowohl für das Eine, wie für das Andere, legen die Ereignisse der letzten Woche, nach den vorhandenen Berichten, ein ziemlich unüberprüffliches Zeugnis ab. Als am 9. im Theater bei dem Erscheinen der Gräfin Danner an der Seite des Königs sämtliche anwesende Damen in auffallender Weise aus der Nähe der Gräfin sich zurückzogen und die Mehrzahl derselben sogar das Haus verließ, begann gleichzeitig draußen, ungeachtet der ergriffenen außerordentlichen polizeilichen Vorsichtsmaßregeln, der gewöhnliche Straßenfandal, wobei der Ruf: „Fort mit dem König! Es lebe Christian der Reente!“ den Tumultuanten als Loßung dienten. Sowohl bei diesem als bei dem Tumult des folgenden Abends verrieth die ganze Haltung und das plannmäßige Auftreten der tumultuierenden Massen, nach dem Urtheil von Augenzeugen unverkennbar das Vorhandensein einer höheren Leitung, obwohl darüber keine bestimmte Gewissheit zu erlangen war. Nach allgemein ausgesprochener Meinung ging jedoch der Endzweck der Bewegung im wesentlichen dahin, den König, welcher bekanntlich auf seine persönliche Popularität einen großen Werth zu legen geneigt ist, durch fortgezte Beweise des öffentlichen Missfalls zu einer freiwilligen Abdication zu veranlassen. Als Beleg für den damaligen Zustand der Dinge kann übrigens die Anekdote dienen, daß eine Deputation der Bürgerschaft dem Polizeidirektor, Konferenzrat Braestrup, das Unfassbare gestellt haben soll, die Polizei gänzlich zurückzuholen, und zwar mit dem Hinzuflügen, daß es derzeit kein für die Zukunft nicht anders gestattet werden möge, öffentlich zu erscheinen, als wenn dieses vom Publikum ausdrücklich verlangt werden. In der Mittwochnacht soll es übrigens der Polizei gelungen sein, einer versuchten Brandlegung, und zwar glücklicherweise noch rechtzeitig auf die Spur zu kommen, um den Ausbruch einer Feuersbrunst zu verhindern. (Pr. 3.)

Urbai.

— Neben die Zustände in Bosnien berichtet man der „Agr. 3.“: Der die Regelung der bauerlichen Verhältnisse betreffende, von der hohen Pforte erlassene Befehl, wie in der Nähe Posavina, wie in der Derventaar und

Tesanj, im Befehl der Geistlichkeit und der Ortsältesten feierlich verlesen, dies geschah jedoch nur im türkischen Originaltexte, daher in einer den verfassten Christen verständlichen Sprache, und wurde letzteren nur deren Pflichten gegenüber der Regierung und den Beys mündlich hervorgehoben, teilweise aber jene in dem Befehle enthaltenen Pflichten der Behörden, der Beys und der Baptisten gegenüber den Christen erwähnt. Nicht zufrieden mit dem, zwang man in jeder Nähe nach Verlehung des Befehls die Ortsältesten, ein in türkischer Sprache verfaßtes, denselben unverständliches Danachtragungsschreiben für den Elas zu unterzeichnen, welches als Beleg der mit erwähntem Befehl höchst zufriedene Christen nach Konstantinopel abgesendet wird. Obwohl die Christen diesen, wie alle von der hohen Pforte bisher erlassenen Befehle, Hattischeriffe und Hat-Humayums, welche nie effektiv wurden, als tödte und fruchtlose Altkünste betrachtet, so wagten dieselben dennoch nicht, die Unterfertigung des Danachtragungsschreibens zu verweigern, wohl bewußt, daß solche Kenntnis eine unangenehme strenge Bestrafung zur Folge hätte. Außerdem sind die bosnischen Christen mit dem veröffentlichten Befehl höchst unzufrieden, weil derselbe in der Zeitungsangelegenheit einzig und allein zu Gunsten der Beys lautet, die vielfältigen Belästigungen trotz deren Begründung unberücksichtigt gelassen, und endlich die Christen vor Willkür, Bedrückungen und Repressionen der Beys auch in Zukunft, wie bisher, nicht gesichert sind, da ungeachtet der im befragten Befehl enthaltenen, wohlwollendsten Anordnungen vor wie nach dessen Veröffentlichung ohne Scheu die größten Bedrückungen, Misshandlungen, ja selbst Mordthaten verübt wurden, ohne daß die Regierung christlichen Präses einen Schutz verliehen hätte. Die Beys im Gefolge von Zapatis und Mizans ziehen gegenwärtig von Dorf zu Dorf, verbreiten überall Not und Elend, indem sie Bedrückungen auf Bedrückungen häufen und die Lust mit Jammer und Wehklagen erfüllen, und dies geschieht zur Zeit, wo ein Befehl der hohen Pforte alle Bedrückungen strengstens untersagt. So werden auch gegenwärtig selbst die Lebensmittel für die Truppen von den Christen unentgeltlich requirirt, die Lastpferde für Militärransporte durch Baptisten selbst in Sarajevo zusammengetrieben und durch herumirende Baptisten und Bulubaschen die armen Landbewohner ihrer legitimen Nahrungsmittel beraubt. Diese Lage der Dinge in Bosnien ist sehr bedeutsam und es muß die unglaubliche Schwäche und Indolenz der bosnischen Regierung tief bedauert werden, welche dadurch einer noch größeren Anarchie im Lande Thür und Thot öffnet.

Afien.

Teheran, 22. Nov. [Organisation der persischen Armee.] Die Nachrichten, welche der „Nord“ von hier empfangen, melden, daß in der Hauptstadt Persiens vollständige Ruhe herrsche. Der Schah hatte seine Armee reorganisiert; dieselbe wird künftighin aus drei siegenden Korps, die drei große Kommando's bilden werden, bestehen. Man hat die französische Heeresorganisation zum Muster genommen. Die letzten Instruktionen des Schahs in Betreff der Führer der einzelnen Armeesektion fehlen noch. Der Schah hat den Mitgliedern der französischen militärischen Mission in eigener Person bei einer feierlichen Audienz seinen Glückwunsch und Dank wegen der Resultate dargebracht, welche ihre Bemühungen für Persien bereits erzielt haben. Die Instruktionen, welche sie den Truppen ertheilt, sind so gut ausgeführt gewesen, daß schon 20 Infanterieregimenter der persischen Armee nach dem Vorbild der französischen Regimenter organisiert sind und in musterhafter Weise nach dem französischen System ihre Exerzierungen ausführen. Auch die persische Artillerie hat gute Fortschritte gemacht, und es weist Alles darauf hin, daß die Perser, bei so tüchtiger Leitung, die Fähigkeit besitzen, zu vortrefflichen Soldaten sich heranzubilden.

— [Schiffbruch.] Den neuesten in Paris eingetroffenen Nachrichten aus China zufolge herrsche dort beständig stürmisches Wetter. Das französische Schiff „Macao“, welches von Hongkong nach Bangkok, der Hauptstadt von Stam, segelte, litt Schiffbruch bei der Insel Haynan, im Golfe von Longking. Die Mannschaft rettete sich ans Land, wo ein Theil derselben von den Eingeborenen ins Innere gebracht wurde. Die Überlebenden wurden von einem europäischen Schiffe am andern Tage aufgenommen und nach China zurückgeführt. Von dort schickte der französische Admiral eine Expedition, bestehend aus zwei Kanonenbooten, einer Korvette und einem Dampfschiff, nach der Insel, um Genugthuung zu nehmen und die zurückgelassenen Seelen zu abholen.

Afrika.

Alexandrien, 2. Jan. [Verminderung des Heeres; englische Truppen; Telegraphen u. s. w.] Die Verminderung des ägyptischen Heeres soll am 15. Januar beginnen. — Der Bizekönig hat sich mit seinem Verwandten Mustapha Pascha ausgeöhnt, der kurzlich aus Konstantinopel anlangte; eine gleiche Annäherung soll demnächst zwischen diesem Prinzen und El Hami Pascha, dem Sohne Ibrahim Pascha's, stattfinden, den eine Partei dem Bizekönige bis jetzt entgegenstellen wollte. — Man trifft gewaltige Vorbereitungen für den Durchmarsch der englischen Truppen, die am 12. Januar in Alexandrien eintreffen sollten, um sich über Suez nach China zu begeben. Dieser Truppenzug führt ein beträchtliches Material mit sich. — Die Regierung hatte einen Offizier zum Studium der Marine-Einrichtungen nach Frankreich und England geschickt, welcher am 30. Dezember wieder zurückgekehrt war. Sein Bericht soll einer Spezialkommission übergeben werden, welcher zwei ausländische Offiziere mit Bewilligung ihrer Regierungen beigegeben sind. — Der elektrische Telegraph, der England mit Indien verbinden soll, ist im Roten Meere gelegt; man ist im Begriff, ihn über den Meerbusen hinaus zu legen. Die vom „Cyclops“ gemachten Untersuchungen sind beendigt. Wichtig ist dabei die Entschließung der englischen Regierung, diese telegraphische Linie durch den Golf von Bengal und über die Halbinsel Malacca bis Hongkong weiter zu führen. Man hat das lange geheim gehalten, aber heute steht es fest. Auf diesem Wege werden, wenn die Arbeiten beendet sind, Paris und London in 20 Stunden direkte Nachrichten aus China haben, alle Umwege und Unterbrechungen der Depeschen einbezogen.

Amerika.

Newyork, 30. Dez. [Stärke der Flotte und Armee; Rüstsungen zu Bolivar; aus Mexiko.] Aus dem vom Marineminister dem Repräsentantenhaus erstatteten Bericht wird mitgetheilt: „Die Kriegsflotte ist während der Zeit, daß die gegenwärtige Regierung am Ruder ist, um 20 Dampfer verstärkt worden. Sieben davon haben die Vereinigten Staaten durch Kauf erworben. Der Minister empfiehlt eine weitere Verstärkung der Flotte durch Dampfer und bemerkt, es sei eine höchst beispielswerte und kräftende Erstreckung, daß man in einigen fremden amerikanischen Bürgern einfließt und ermorde, weil die Exekutive nicht die Mittel habe, sie zu beschützen. Wie wir aus dem Jahresbericht des Kriegsministers erschen, beläuft sich die Stärke des Heeres auf nur 17,498 Mann, wovon 11,000 Mann für den Huldbien verfügbare sind.“ — Eine Depesche aus St. Louis vom gestrigen Tage berichtet in folgender Weise über Rüstsungen, die zu Bolivar stattgefunden haben: „Etwa um 11 Uhr Abends am Montag wurden die Bürger Bolivars durch lärmende Rufe und das Werfen von Steinen auf dem öffentlichen Platz aufgefordert. Es versammelte sich bald eine große Volksmenge, und es zeigte sich, daß eine Schaar Neger einige Weiße angegriffen hatte. Als eine hinreichende Anzahl Weiße zusammen war, griffen sie die Neger an und trieben sie in das Gehölz. Die Neger drohten, die Stadt vor Anbruch des Tages (Fortsetzung in der Beilage.)

in Brand zu stecken. Man hielt sorgsame Wacht, und alle Brandstiftungsversuche scheiterten. Ein Neger ward durch einen Pistolenhagel gefährlich verwundet. Mehrere Neger wurden gefangen genommen und im Stadtgefängnis eingesperrt. Die Bürger hielten eine Versammlung und ernannten einen Sicherheitsausschuss, der Schritte that, um die bei dem Tumult beteiligten aufzufinden zu machen. Eine berittene Kompanie durchstreifte die Wälder, um auf Neger zu fahnden. Der Eigentümer einiger rebellischen Sklaven ward schwer verwundet und rettete sich nur durch die Flucht. Mehrere Schwarze sind streng bestraft worden. Die größte Aufregung herrschte, und Ledermann war bewaffnet und auf einen erstaunlichen Angriff vorbereitet. Den letzten Nachrichten zufolge hatte sich jedoch die Aufregung einigermaßen gelegt.¹ — Über die Vorfälle in Merito giebt folgendes Telegramm aus Neworleans Auskunft: „Laut Berichten aus Merito vom 19. Dezember hatte die Regierung Miramon's gegen den Vertrag Mc Lane's protestiert. Miramon befand sich am 8. Dezember zu Guadalajara. Von den 600,000 Dollars, die Marquez der Conducta abgenommen hatte, waren durch Miramon 400,000 Dollars zurückgestattet und nach Lepis befördert worden.“ Ein anderes Telegramm meldet: „Nachrichten aus Acapulco vom 12. Dezember zufolge sollte General Wheat den Befehl über die Vorburg des unter Alvarez stehenden südamerikanischen Heeres übernehmen. Alvarez stand im Begriffe, den Feldzug zu eröffnen.“

Buenos Ayres, 2. Dez. [Der Friedensschluß mit Urquiza.] Über die Beendigung des Krieges der argentinischen Konföderation mit Buenos Ayres und den erfolgten Friedensschluß bringt die „P. B. H.“ folgende nähere Nachrichten: „Am 10. Nov. wurde in Buenos Ayres ein Friedensvertrag zwischen den beiderseitigen Kommissaren unterzeichnet, von dem General Lopez klagt signirt und am folgenden Tage von General Urquiza ratifizirt. Durch denselben wird Buenos Ayres zu einer Provinz der argentinischen Konföderation erklärt. Über den Verlauf der Ereignisse, welche den Vertragsabschlüssen vorangingen, meldet die „Buenos Ayres Commercial Times“ vom 26. Nov. im wesentlichen folgendes: Mitre langte am 20. Okt. zu Wasser mit dem Heit der aus der Niederlage von Cepeda gerechten Infanterie in Buenos Ayres an und mit ihm zugleich die Nachricht, daß die Truppen vollständig desorganisiert und Urquiza (was sich indes damals noch nicht bestätigte) auf dem Marsche gegen Buenos Ayres befreit sei. Die Regierung Alstina's rüstete sich unter diesen bedenklichen Umständen, zu neuem Widerstande gegen die Argentiner. Es wurden Decrete erlassen zur Reorganisation der in und um Buenos Ayres stehenden Truppen, welche man auf noch 6000 Mann Infanterie, gegen 2000 Reiter und 18 Geschütze schätzte, und dieses Armeekorps wurde von Neuem unter die Befehle Mitre's gestellt. Ein unter Moron vorgeübter Posten von 2000 Mann sah sich indes zu schnellem Rückzug genötigt, da sichere Nachricht eintraf, daß Urquiza mit 15,000 Mann, vorunter viele Deserteure, heranrückte. Man sandte demselben nun den General Lopez entgegen, welcher Urquiza bis Villa Euja begleitete und am 31. nach Buenos Ayres mit der Nachricht zurückkehrte, daß derselbe noch bereit sei, zu unterhandeln, und den General Guido zu seinem Bevollmächtigten ernannt habe. Dessen ungeachtet machte die Kriegspartei in Buenos Ayres noch immer die lebhaftesten Anstrengungen, den Widerstand zu organisiren; es wurden Verschanzungen aufgeworfen und Geschütze aufgerichtet und es schien ein verzweifelter Kampf bevorzustehen. Den lebhafsten Anstrengungen des Generals Lopez gelang es indes, den Beschluss durchzusetzen, daß die Friedensverhandlungen zwischen dem General Guido und zweien anderen argentinischen Kommissaren einerseits und einer gleichen Anzahl von Kommissaren von Buenos Ayres eröffnet werden sollten, nachdem General Urquiza zuvor am 31. Okt. eine Proklamation erlassen hatte, welche die Bewohner der Provinz Buenos Ayres unter Androhung der Strafe des Hochverrats auforderte, sich binnen 8 Tagen der Nationalregierung zu unterwerfen. Die Kommissare traten zum ersten Male unter dem Vorsitz des Generals Lopez am 5. Nov. in San José zusammen und hatten sich am folgenden Tage schon über 11 Punkte geeinigt. Am 7. aber verlangten die argentinischen Kommissare, daß Dr. Alstina und seine Minister sofort abgesetzt werden sollen, was die Kommissare von Buenos Ayres, Don Juan Pena und Tejedor, absolut verweigerten. Auf ihren darüber erstatteten Bericht erklärte die Regierung von Buenos Ayres die Verhandlungen für abgebrochen, was um so mehr Bestürzung in der Stadt erregte, da Urquiza sofort am 8. weiter vorrückte und einige Punkte der Vorstadt besetzte und Geschütze herbeführten ließ. General Lopez erlangte indes von Urquiza einen Aufschub weiterer Operationen, und da auch in der Stadt die Aufregung immer mehr wuchs, und die Generalversammlung, welcher Alstina Bericht erstattet ließ, mit der Aufforderung, ihm zu unterstützen, einstimmig den Beschluss faßte, ihn durch eine Deputation zur Resignation aufzufordern, so reichte er endlich seine Entlassung ein. Der Präsident des Senats, Don Felipe Lavallot, wurde zum provisorischen Gouverneur ernannt. Die Kommissare nahmen am folgenden Tage die Unterhandlungen in San José wieder auf, und da auch die argentinischen Kommissare in einigen Punkten nachgaben, so kam am 10. der Friedensvertrag zu Stande. Unmittelbar darauf schiffte Urquiza seine Truppen ein, fuhrte am 18. selbst nach San José zurück und löste sein ganzes Heer auf. Nur eine kleine Truppenabteilung blieb in Buenos Ayres zurück, die indes auf Befehl Urquiza's der Regierung von Buenos Ayres völlig zur Verfügung gestellt ist. Die definitive Aufnahme von Buenos Ayres in die argentinische Konföderation kann erst nach Revision der Verfassung von Buenos Ayres stattfinden, indem es bereits völlig in die argentinische Republik einverlebt und führt eine Stimme bei der Präsidentenwahl. So ist das Ziel erreicht, welches bereits seit dem im Jahre 1852 erfolgten Sturz des Diktators Rosas ersehnt wurde, und die argentinischen Provinzen bilden jetzt eine Föderalrepublik, deren Gebiet sich von den Grenzen von Bolivia über 34 Breitengrade bis zum Kap Horn und von der Mündung des La Plata und des Uruguay über 13 Längengrade bis zu den Anden erstreckt. Man hofft, daß jetzt den Bürgerkriegen und den Gewalttätern der Indianer, welche die Entwicklung des reich gesegneten Landes gehemmt haben, ein Ende gemacht werden wird.“

Vom Landtage.

Herrenhaus.

[Kommissionen des Herrenhauses.] I. Kommission für die Geschäftsordnung: Dr. Brüggemann, Vorsitzender, v. Meding, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Waldau und Reichenstein, Schriftführer, Groddeck, Stellvertreter des Schriftführers, Dr. v. Zander, v. Wedell, Graf v. Ritterberg,

Krausnick, Freiherr v. Buddenbrock, v. Plötz, Graf S. zu Stolberg, v. Katte, Graf York v. Wartenburg, Graf v. Brühl, Elwanger, II. Kommission für Petitionen: Freiherr v. Buddenbrock, Vorsitzender, v. Waldau-Steinhöfel, Stellvertreter des Vorsitzenden, Hasselbach, Schriftführer, v. Schönborn, Stellvertreter des Schriftführers, Graf v. Lazanski, Graf v. Malzan, Graf v. Schwerin, Graf v. Sandreczy, Fürst B. Radziwill, v. d. Schulenburg, Dr. v. Daniels, Freiherr v. Sobek, Freiherr v. Monteton, Graf v. d. Gröben-Ponarien, v. Winterfeld, III. Kommission für das Erbrecht: Graf v. Arnim-Boggenburg, Vorsitzender, Uhden, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Meding, Schriftführer, v. Majow, Stellvertreter des Schriftführers, Dr. Stahl, Graf v. Ritterberg, Graf v. Voß-Buch, Krausnick, Dr. Homeler, Dr. v. Daniels, Brandt, v. Franzenberg-Ludwigsdorf, Graf v. Henplis, v. Kleist-Rehns, IV. Kommission für das eheliche Güterrecht in Westfalen: Graf v. Ritterberg, Vorsitzender, Dr. v. Zander, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Rabenau, Schriftführer, Offenberg, Stellvertreter des Schriftführers, Freiherr v. Landsberg-Steinfurk, Krausnick, Freiherr v. Sanden-Tussainen, Dr. v. Diesberg, Graf Dr. zu Stolberg-Wernigerode, Dr. v. Daniels, Graf v. Westphalen, Herr zu Weertsholt-Gysenberg, V. Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der §§. 68 und 69 und Ergänzung des §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850, die Abschaffung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und baulichen Verhältnisse betreffend: v. Plötz, Vorsitzender, Graf v. Henplis, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Waldau und Reichenstein, Schriftführer, Graf v. Schwerin, Stellvertreter des Schriftführers, Graf v. Döbbendorf-Friedenstein, Graf v. Garnier, Graf v. Voß-Buch, Freiherr v. Sanden-Tussainen, Fürst B. Radziwill, v. Karstedt, Graf zu Solms-Baruth, Freiherr v. Monteton, Freiherr v. Sobek, Elwanger, v. Hellendorff.

Berlin, 19. Januar. Der Gesetzentwurf in Bezug auf der anderweitigen Regulirung der Grundsteuer liegt nun auch im Druck vor. Wir erleben aus denselben zunächst, daß er in der That den bei Diskussion der vorjährigen Vorlage von der Finanzkommission gemachten Vorschlägen völlig Rechnung trägt. Man wird sich erinnern, daß der Gesetzentwurf Nr. 1, betreffend die anderweitige Regulirung der Grundsteuer, besonders in Bezug auf §. 2, den die Regierung selbst als den „weitgreifendsten des ganzen Entwurfs“ bezeichnete, vielseitige Bedenken erregte und zu nicht weniger als elf Amendements-Veranlassung bot. Dieser Paragraph handelt von der Ausgleichung des Grundsteuer zwischen den Provinzen, und nachdem sowohl die Proposition der Regierung, wie sämtliche elf Amendements abgelehnt worden waren, hatte die Kommission sich dahin geeinigt, daß die Art und Weise der Ausgleichung unter den Provinzen einem besondern Geleb vorbehalten bleiben sollte. In der diesjährigen Vorlage nun ist die Regierung mit einem solchen Gesetzesvorschlag hervorgetreten, und zwar geht derselbe dahin, daß die Grundsteuer von den ertragstragigen Grundstücken in Zukunft durchweg im ganzen Umfange des Staates gleichmäßig auf 8 vom Hundert des Nettoertrages der Grundstücke festgesetzt und in dem hierauf sich ergebenden Gesamtbelastung für jede Provinz als ein feststehendes Kontingent behandelt werden soll, welches der Staatsfazie gegenüber nur unter speziell bezeichneten Voraussetzungen erhöht oder vermindert werden darf.

Durch die vorgeschlagene Bestimmung wird die Notwendigkeit einer Entscheidung darüber, ob und event. in wie weit diese oder jene Provinz im Vergleich zu anderen Provinzen gegenwärtig zu hoch oder zu niedrig besteuert ist, ganz beseitigt. Wenn füntzig alle Provinzen mit gleichem Maße gemeinswenden sollen, so hat auch keine Provinz mehr Anlaß, sich darin zu belägen, daß sie zu Gunsten anderer Provinzen mehr als bisher belastet werden soll. Es wird ferner der Beurtheilung, daß eine vollständige Ummäßung der bestehenden Grundsteuerverhältnisse auf die Vermögensinteressen eines erheblichen Theils der Grundbesitzer sehr nachtheilig einwirken würde, damit begegnet, daß in den Individual-Steuerträgern, wie sie zur Zeit von den einzelnen Grundstücken nach den verschiedenen Grundsteuer-Verschaffungen zu entrichten sind, durch die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs noch keine durchgreifende Veränderung herbeigeführt werden soll, da die vorgeschlagene Bestimmung sich nur auf die Provinzen als solche bezieht und indem sie den von jeder Provinz in ihrer Gesamtheit als Grundsteuer zur Staatsfazie abzuführenden Beitrag auf 8 vom Hundert des Nettoertrags sämmtlicher Grundstücke der betreffenden Provinz feststellt, über den Magistrat, nach welchem die so gewonnenen, nur beim Zu- oder Abgang eines Steuerpflichtiger Grundstücke oder im Wege der Erbgabe einer Veränderung unterworfenen Provinzial-Grundsteuerkontingente auf die einzelnen Grundstücke der betreffenden Provinzen vertheilt werden sollen, den zu fassenden Beschluss beziehen, nach Vernehmung der Provinzialstände zu erlassen den Provinzialgezogenen vorbehält.

Dennach würde es, wie es in dem Gesetzentwurf angefügten Beischrift heißt, an sich nicht ungültig sein, die auf den einzelnen Grundstücken zur Zeit haftenden Grundsteuern unverändert fortzuführen und je nachdem dadurch das Provinzial-Kontingent überschritten oder nicht erreicht wird, den Mehrbetrag zu provinziellen Zwecken zu verwenden, oder den Minderbetrag anderweit auf den Grund und Boden umzulegen. Es ist damit zugleich die Absicht ausgeprochen, den in Bezug auf die provinziellen Eigenhümlichkeiten sowohl, als den Wünschen der Beteiligten volle Berücksichtigung so weit angedeihen zu lassen, als es mit dem unverrückbar festzuhalgenden Ziele, der Staatsfazie gegenüber, die Grundsteuer im ganzen Umfange der Monarchie gleichzustellen, irgend vereinbar erscheint.

Was nun die Rechtfertigung der Höhe des Steuersatzes anbetrifft, so macht die dem Gesetzentwurf angefügte Beischrift darauf aufmerksam, daß diese 8 Prozent zunächst der selbe Satz sind, welcher nach dem Gesetzentwurf Nr. 1 der Vorlage auch für die Besteuerung der Wohngebäude in Anwendung kommen soll, indem diese Steuer unter der Voraussetzung, daß um den Nettoertrag darzustellen, die Hälfte des Rohertrages für die bauliche Unterhaltung u. s. w. der Gebäude in Abzug gebracht werden müsse, auf 4 vom Hundert des Nutzungswertes festgelegt ist. Die wünschenswerthe Übereinstimmung beider Arten von Steuern, von denen die Gebäudesteuer vorzugsweise den städtischen, die Steuer von den Eigenschaften vorzugsweise den ländlichen Grundbesitz trifft, wird somit durch den in Vorlage gebrachten Satz von 8 Prozent des Nettoertrages erreicht und damit ein Theil derjenigen Bedenken erledigt, welche in der Kommission gegen die getrennte Behandlung beider Steuerarten erhoben waren.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Die Herren Mitglieder der Kaufmännischen Vereinigung werden auf Grund des §. 65 des Statutes zur ordentlichen Generalversammlung auf Mittwoch den 25. Januar c. Nachmittags 3 Uhr in dem Geschäftskontor der Vereinigung hierdurch eingeladen.

Posen, den 19. Januar 1860.

Der Vorstand der Kaufmännischen Vereinigung.

Gesellschafter-Auktion.

In Georgenfelde, 1 Meile von Gerdauen (an der Chaussee) und 1½ Meilen von Allenburg, soll am 14. Februar c. das ganze arabische Gestüt, früher zum Tarputzischen Gestüt gehörig, meistbietend verkauft werden. Das Gestüt besteht aus 10 tragenden Mutterstuten, dem Beißaler Abdallah (v. Zarif) und circa 30 jungen Pferden verschiedenem Alters. Sämtliche Pferde sind nachkommen von Zarif, Basra und Nedied. Die Auktion beginnt Morgens 9 Uhr. Georgenfelde bei Gerdauen in Ostpreußen.

Ein Landgut von circa 800 Morgen, Boden I. Klasse, 2 Meilen von Posen und Samter und 1 Meile von Dobrik und Murowana Goslin belegen, ist aus freier Hand unter vortheilhaftesten Bedingungen sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt auf portofreie Briefe oder persönliche Anfragen Th. Wagner in Samter.

Dampfschleidemühlen-Betrieb. Meine im Tuchorzer Dorf eine Meile von Wollstein entlegene Dampfschleidemühle nebst sämtlichem Zubehör beabsichtige ich unter solchen Bedingungen wegen Räumung des Geschäfts zu verkaufen; das Näherte beim Gasthause Bock in Wollstein. Engelmann.

In einer durch Chausseen durchkreuzten lebhaften Stadt dieser Provinz ist ein Gasthof I. Klasse, verbunden mit einem Kolonialgeschäft und noch zwei rentablen Zweiggeschäften, unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Adressen nimmt die Expedition dieser Zeitung (franco) in Empfang.

Stroh-, Reis- und Rosshaarhüte werden zum Waschen und Modernisiren angenommen im Geschäft bei M. Zlotnikiewicz, Markt Nr. 62.

Budwigs Hôtel, Kammerplatz Nr. 18/19.

Klakow, Viehhändler.

Die Beschriftung führt noch an, daß die jetzt in Gebrauch stehenden Grundsteuern, die übrigens so ungleich angelegt sind, daß sie in Schlesien z. B. für die Antifatalgrundstüke auf 25% Proz., für die Rittergüter auf 28% Proz., für die geistlichen Stiftsgüter u. s. w. sogar auf 50% Proz. des Reinertrages steigen, nach den bisher angestellten Ermittlungen und nach einer hierauf aufgestellten, vielleicht zu scharf geprägten Berechnung im ganzen Staatsgebiete durchschnittlich etwa 7½ Proz. des Reinertrages des Grund und Bodens in Anspruch nehmen. Wenn nun jetzt der Durchschnittssatz ein halbes Proz. höher geprägt werde, so dürfte dies bei der größeren Ertragsfähigkeit, die im Laufe der Zeit gestiegen, während die Steuer selbst unverändert geblieben, nicht als eine drückende Belastung befürchtet werden. Nach Maßgabe der bisherigen Ermittlungen wurde übrigens auf einen Mehrbetrag von 800,000 Thlr. für die Staatsfazie gerechnet werden können, also immerhin nur auf einen Betrag, welcher im Verhältniß zu dem gegenwärtigen fortwährend steigenden Werth des Grundbesitzes nicht erheblich ins Gewicht fällt, auch im Hinblick auf die Belastung, mit welcher der Grundbesitz in anderen größeren Staaten, z. B. in Frankreich mit 20 Proz. zur Besteuerung für allgemeine Staatszwecke herangezogen wird, nur mäßig erscheint.

P.B.

Provinzielles.

Neustadt v. P. 19. Jan. [Schiedsamt anhangsweise] Todestall. Nach der summarischen Nachweisung der Geschäfte des Schiedsmaars für Stadt Neustadt betrug die Zahl der im vorigen Jahre bei demselben anhängigen Sachen 37 Injurien. Davon wurden 10 durch Vergleich, 19 durch Zurücktreten der Parteien beendet, und 8 dem Richter überwiesen. Streitige Sachen wurden im vorigen Jahre gar nicht angebracht. Beim Schiedsamt des Bezirks Schloß Neustadt wurden 185 Sachen angebracht. Hieron wurden beendet durch Vergleich: 64 streitige und 41 Injuriensachen; durch Zurücktreten der Parteien resp. 4 und 29, und durch Überweisung an den Richter resp. 12 und 28. Beide Schiedsämter werden vom Stadtverordnetenvorsteher, Gauwirth Griebich verwaltet. — Am 16. d. starb der Rittergutsbesitzer von Sliwno, Johann Traugott Hildebrand Ritter des Kloster Adlersdeng, in seinem 70. Lebensjahre. Der Vater seines hat in ihm seinen höchsten Landwirthe verloren, der auch jederzeit als ein Wohlthäter der Bedrängten sich erwiesen.

5 Bromberg, 19. Jan. [Straßenraub, Vortrag.] Der Burgherr Adam Falckring erhielt bei seiner am 1. Juni v. J. erfolgten Entlassung aus der Zwangsanstalt in Grasdorf, in der er wegen Landstreiks mehrere Monate gefangen hatte, 4 Thlr. 24 Sgr. Neben verdienstgelder. Am folgenden Tage traf er mit dem Arbeiter Johann Korezynski aus Waleczkow bei Schwedt im Kreuge zu Brachlin zusammen, wo letzterer von dem Gelde Kenntnis gewann. Tags darauf ging d. weiter nach Bromberg zu. Unterwegs gesellte sich R. zu ihm, und als sie den Wald vor Bromberg verlaufen, warf er den d. in den Haushügeln, raubte ihm das Geld und entprang. Das Verbit der Geschworenen in der vorgestrigen Sitzung lautet auf schuldig des Straßenraubes und der Gerichtshof verurtheilte den Angekl. der übrigen schon 4 Mal wegen Diebstahls bestraft werden, zu 12 Jahren Zuchthaus und 10jähriger Stellung unter Polizeiaufsicht. — Gestern Abend hat Dr. F. A. Oldenburg auf seiner Durchreise nach Königsberg hier seine naturhistorischen Vorlesungen begonnen. Die städtischen Behörden haben ihm zu dem Zwecke den Zeichensaal der hiesigen Realchule bewilligt, der mit einem zahlreichen gebildeten Publikum gefüllt war. Er hielt die Einleitung einen Vortrag über das Verhältnis der Kunst zur Wissenschaft und ging sodann zu unserm Planetensystem über. Ein gutes Planetarium diente zur Veranschaulichung des Vortrages.

Vom Hrn. Prof. Sechenow in Bromberg ist uns folgende Berichtigung mit der Bitte um Aufnahme zugegangen: „In einem Bericht der „Posener Zeitung“ über die Wahlmännerversammlung zu Bromberg am 9. d. (S. Nr. 11) hat auch die Behauptung Gangang gefunden, daß ich über die Regulirung, das Elementarbuchwesen betreffend, mit der Hinweisung auf ihre „nur zu bekannte Unzweckmäßigkeit“ abgeurtheilt hätte. Dieser Angabe muß ich der Wahrheit gemäß entgegenstellen, daß ich erklärte, es sei hier — nämlich in der Verammung eines Theiles der Wahlmänner — weder Zeit noch am Orte, auf eine ausführliche Beurtheilung des Werthes und der Zweckmäßigkeit der Regulirung einzugehen; dagegen sei es wohl wünschenswert, von unseren Abgeordneten zu hören, ob sie für die Volksvertretung nicht eine Wirkung bei der Feststellung der Prinzipien, auf denen das für die Zukunft des Staates so äußerst wichtige Bildungswesen der Nation ruht, in Anspruch nehmen, zumal da in der Verfassung bereits ein Unterrichtsgesetz vertheilt ist.“

Angekommene Fremde.

Vom 20. Januar.

SCHIWARZER ADLER. Die Gutsb. v. Postlateci aus Ossow, Wagrowiecki aus Szczepin und Mallow aus Huta, die Fabrikanten Körner und Leyser aus Kroppen, Landwirth v. Klojewski aus Brodzewo, Posthalter Sentsleben aus Schrimm, Frau Niemcowicz aus Tarczowagóra und Gutsbesitzer Gajewski aus Bogunowo.

BAZAR. Frau Gutsb. Gräfin Poniatowska aus Groß-Bezirke, die Gutsb. v. Bablocki aus Tunowo, v. Potocki aus Bendlowo und v. Mojszezenki aus Stempkow.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Gutsb. Hildebrand aus Sliwno, Wanckel aus Tarnowo, v. Kęszewski aus Brodzewo, v. Koscielski aus Szarley, v. Schenck aus Rawiczyno, Hildebrand aus Słomow und Wandelt aus Siedzin, Gutsb. und Rittermeister a. D. Busse aus Polkowizna, Lieutenant v. Bastrów aus Kosten, Pastor Fischer aus Gräß, die Kaufleute Fröhlich, Jacobowitsch, Gehrke und Löwenheim aus Berlin, Henkel aus Düren, Bünne und Sander aus Breslau, Michael aus Leipzig, Kuhn aus Stettin und Müller aus Köln.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Domänenpächter Busse aus Sliwno, Wirthschafts-Inspektor Schindowski aus Karlowitz, Gutsbesitzer v. Pawlowksi aus Kornatow, die Rittergutsb. v. Koliński aus Tarczowagó

Ein unverheiratheter Delonom, der mit der Feld- und Hofwirtschaft vertraut, und sich über seine Tüchtigkeit genügend ausweisen kann, findet zum 1. April d. J. ein Engagement. Das Nächste beim Inspektor Streich in Golcic bei Posen.

Ein im Manufaktur- und Leinengeschäft ein gros et en detail und mit der Buchführung vertrauter junger Mann findet vom 1. April c. eine vortheilhafte und dauernde Stelle. Nächstes in der Exped. d. 3^{te}.

In einem hiesigen Kolonial- und Delikatessengeschäft ist die Stelle eines Lehrlings offen. Selbstgeschrifte Adressen nimmt die Zeitungseredition unter A. 40 entgegen.

Ein praktisch und theoretisch gebildeter Landwirth mit den besten Zeugnissen, im Alter von 28 Jahren, jetzt noch in Kondition, sucht zu Ostern oder auch früher eine Inspektorsstelle. Gefällige Adressen werden in der Zeitungserdition sub A. B. erbeten.

Ein tüchtiger Brennerei-Berwalter, unverheirathet, der deutschen und polnischen Sprache gewachsen, welcher in dem hiesigen Steuerkreise die höchste Spiritus-Ausbeute geliefert hat und zur Zeit noch liefert, sucht von Johanni d. J. eine anderweitige Anstellung. Derselbe ist zugleich auch ein Bierbauer, welcher durch drei Jahre als Geselle in Bayern in den bedeutendsten Brauereien

gearbeitet hat, und hierüber die besten Zeugnisse aufzuweisen kann. Weitere Auskunft erhält über seine Tüchtigkeit genügend ausweisen kann.

Kantelberg Obersteuer-Kontr. a. D., in Trzemeszno.

Ein militärfreier, unverheiratheter Delonom, 30 Jahre alt, der über seine bisherigen Leistungen die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, polnisch und deutsch versteht, sucht Engagement im Großherzogthum Posen oder Westpreußen.

Offerten bittet man unter Chiffre B. M. poste restante Breslau franco gefällig einzufinden.

Ein militärfreier schlesischer Landwirth, noch im Posten, der polnischen Sprache ganz mächtig, 27 Jahr alt, 12 Jahre beim Sach, sucht unter soliden Bedingungen einen Posten als verheiratheter Beamter von Osten oder Johann d. J. Gefällige Offerten bittet man unter der Adresse: H. S. franco Oels in Schlesien, einzufinden.

An Alle, welche an den Nachlass meines verstorbenen Mannes, des Posthalter Moll, Ansprüche zu haben glauben, ergibt die Aufforderung, sich bis zum 28. d. M. an mich zu wenden. Späteren Anmeldungen kann ich nicht berücksichtigen.

Wronke, den 17. Januar 1860.

Die Witwe Auguste Moll.

Festgeschenke.] Nunmehr ist vollständig geworden:

[Für Bürglinge des Handels. Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute.

Das Ganze der Handelswissenschaft in gedrängter Darstellung enthaltend. Siebente, gänzlich umgearbeitete und vermehrte Auflage. Herausgegeben von Professor J. Odenthal.

Inhalts-Uebersicht.
Über den Handel und die Arten desselben. — Von der Waarenkunde. — Münz-, Maß- und Gewichtstunde. — Handelsgeographie. — Neuer Wechsel und Anweisungen. — Über Staatspapiere und Aktien. — Beförderungsmittheil des Verfers und des Handels. — Die kaufmännische Correspondenz und andere schriftliche Comptoirarbeiten. — Kaufmännische Rechentafeln. — Einfache und doppelte Buchhaltung. — Kaufmännische Terminologie.

33 Bogen. Subscriptionspreis: In 9 Lieferungen à 5 Sgr. = 18 Fr.

Complett geh. 1½ Thlr. = 2 fl. 42 fr rhein. In eleg. engl. Einbande 1½ Thlr. = 3 fl. 18 fr rhein.

In dieser gänzlich umgearbeiteten Auflage sind zum ersten Male die durch das neue Münz-, Maß- und Gewichtssystem eingetretenen, nach allen Rücksichten des Verfers vorgenommenen Veränderungen verarbeitet worden: ein höchst werthvoller und wichtiger Bestandtheil, der fast durchweg alle ähnlichen mehr viel teureren Kaufmännischen Bandbüchern abhebt. — Weiterhin erhalten die Absonderungen über Waarenkunde, Handelsgeographie, Wechsel, kaufmännische Rechnungen, Correspondenz und Buchhaltung weitaus vollständig Umarbeitungen, teilweise bedeutende Zusätze und Verbesserungen. Dies Buch — in seiner heutigen Gestalt das neueste, brauchbarste und billigste seiner Art — gibt im engsten Rahmen die Quintessenz dessen, was ein Kaufmann zu wissen nötig hat, erspart in folge seiner Reichhaltigkeit die Anschaffung ähnlicher, viel theurerer Werke.

J. Engelmann, Geschichte des Handels und Weltverkehrs. Redact. v. A. Henn. Bandeszählung. Überblicklich dargestellt zum Gebrauche für junge Kaufleute, sowie für Handelslehranstalten.

17 Bogen. Preis: Eleg. brokat 1 Thlr. Eleg. gebunden Preis 1½ Thlr.

L. Simon & J. Schanz: Taschenbuch der Handels-Correspondenz

in deutscher, englischer und französischer Sprache. Mit Anmerkungen und Worterklärungen zum Selbstunterricht, für Schulen und Comptoir. Zweite verbesserte und durch eine Anleitung zur leichteren Erlernung des kaufmännischen Briefstils vermehrte Auflage. Vollständig in vier Theilen, und zwar: 1. Englisch-deutscher Theil. 2. Deutsch-englischer Theil. 3. Französisch-deutscher Theil. 4. Deutsch-französischer Theil.

Preis jedes einzelnen zu habenden Theiles im Umfange von 10—11 Bogen 15 Sgr. = 54 kr. rh.

Vorrätig in der Gebr. Scherkischen Buchhandlung (Ernst Rehfeld) in Posen, Markt Nr. 77.

Da die meisten Kameraden des Posener Detachements der Freiwilligen von 1813, 14 und 15 sich für die Feier des diesjährigen Festes im Monat Mai erklärt haben, so wird dasselbe am 3. Februar c. nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 21. d. Ms. Nachmittags 3 Uhr: Vortrag des Herrn Oberprediger Wenzel über Literatur.

Eisbeine bei A. Kuttner, II. Gerberstraße.

Die heutige Börse war fest, in Eisenbahnaktien und preuß. Fonds die Frage rege, die Umsätze beträchtlich.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 19. Januar 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	73	bz
Aachen-Maastricht	4	16½	bz
Amsterdam-Rotterdam	4	71	B
Berg. Märk. Lt. A.	4	74	bz
do. Lt. B.	4	—	
Berlin-Anhalt	4	104½	bz
Berlin-Hamburg	4	102½	G
Berl. Postd. Magd.	4	121½	bz
Berlin-Stettin	4	95½	B
Bresl. Schw. Freib.	4	81½	bz
Brieg-Reiche	4	47	bz
Cöln-Crefeld	4	75½	bz
Cöln-Münden	3½	126½	bz
Co. Oberb. (Wilh.)	4	—	
do. Stamm-Pr.	4	—	
do.	5	—	
Böhau-Zittauer	4	—	
Lubwigsb. Böhr.	4	130½	bz
Magdeb. Halberst.	4	179½	G
Magdeb. Wittenb.	4	34½	bz
Marien-Ludwigsb.	4	98½	bz
Meddenburger	4	43½	etw bz
Münster-Hammon.	4	89½	B
Neustadt-Weskenb.	4	—	
Niederschleif. Märk.	4	90½	bz
Niederögl. Zweigb.	4	40	B
Dest. Stamm-Pr.	5	—	
Röhrb. Frt. Wilh.	4	49½	—
Oberschl. Lt. A. C.	3½	107½	—
do. Litt. B.	3½	103½	G
Oest. Franz. Staat	5	140	bz
Oppeln-Tarnowitz	4	32	B
Pr. Wilh. (Steel-Pr.)	4	49½	B

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des diesjährigen

Festes im Monat Mai erklärt haben,

so wird dasselbe am 3. Februar c.

nicht stattfinden.

Posen, den 20. Januar 1860.

Der Detachements-Stab.

Da die meisten Kameraden des

Posener Detachements der Frei-

willigen von 1813, 14 und 15 sich

für die Feier des dies